:antifaschistische nachrichten

Nr. 9

g 3336 8.5.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Pro NRW" Bezirk Rheinland

RHEINLAND/KÖLN. Angeblich „über 150 Mitglieder", so „Pro NRW", wählten Ende April in einem „großen Kölner Traditionsgasthaus" einen „Bezirksverband Rheinland" der extrem rechten „Bürgerbewegung pro NRW". Als Bezirksvorsitzender wurde der ehemalige Kölner CDU-Funktionär Jörg Uckermann gewählt. „Pro NRW"-Chef Markus Beisicht kündigte für den Frühsommer „eine große landesweite Infostandserie" und „mehrere regionale Flugblattkampagnen" an, so u.a. in den Leverkusener Stadtteilen Rheindorf und Wiesdorf. Der Kampf gegen eine angebliche „Islamisierung und Überfremdung unserer Städte", so Beisicht, sei nicht nur in Köln eine riesige Aufgabe. An vielen Orten sei „die kulturelle Identität der einheimischen Bevölkerung gefährdet", behauptet der „Pro NRW"-Chef. Die meisten der in den Vorstand des neuen Bezirksverbandes gewählten „Pro NRW"-Aktivisten verfügen bereits über Funktionen im extrem rechten „Pro"-Spektrum. Stellvertretende Vorsitzende des neuen Bezirksverbandes wurde die Mönchengladbacher Geschäftsfrau Renate Willms. Angeblich will „Pro NRW" in den nächsten Wochen auch Aktivitäten in Solingen entfalten. Der bloße Umzug (!) einer Moschee in ein größeres Gebäude im Stadtteil Solingen-Wald ist für „Pro NRW" schon ausreichend, um einen Untergang der „deutschen Leitkultur" und „Landnahme und Okkupation" durch den Islam zu prophezeien. „Pro NRW"-Chef Beisicht kündigte zudem eine Unterschriftensammlung und einen „Kongress" in der Innenstadt vom 19. bis 24. Mai an. An diesem Tag soll auch ein Ableger von „Pro NRW" in Solingen gegründet werden. Aus Solingen wird bereits Widerstand gegen die Pläne von „Pro NRW" angekündigt. Ende Mai finden (vgl. AN 8-2008) in der Stadt eine Gedenkkundgebung und eine Demonstration aus Anlass des 15. Jahrestags des rassistischen Brandanschlages auf MigrantInnen aus der Türkei statt. *hma* ■

Aus dem Inhalt:



10.000 demonstrierten gegen Naziaufmarsch in Hamburg am 1. Mai

Volksverhetzende Transparente, Parolen und Reden und gewalttätige Angriffe vonseiten der Nazis

Hamburg. Mit 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist der Protest gegen den Naziaufmarsch in Hamburg-Barmbek zur größten antifaschistischen Veranstaltung seit über einem Jahrzehnt in Hamburg geworden. „Mit so vielen Leuten haben wir nicht gerechnet", meint der Sprecher des Hamburger Bündnisses gegen Rechts, Wolfram Siede.

In nahezu jedem Geschäft auf der Fuhlsbüttler Straße hängen die Plakate der Initiative „Barmbek sagt Nein zu Neonazis", unterzeichnet von 43 Sozialkulturellen Einrichtungen und Geschäften aus dem Stadtteil. „Besonders gefreut hat mich, dass sich so viele Menschen aus Barmbek den Protesten angeschlossen haben, meint Rainer Hanno, Pastor an der Auferstehungskirche. Dort, und in weiteren acht Kirchen läuteten Punkt 14.00 Uhr die Glocken als Zeichen des gemeinsamen Protestes. Barmbek war in Volksfeststimmung und den gesamten Tag über auf den Beinen. So war es über Stunden der Polizei nicht möglich, die Nazis vom S-Bahnhof Alte Wöhr gegen den Protest vieler tausender Demonstranten loslaufen zu lassen.

Am Schluss verließ die Hamburger Innenbehörde dann „die Sprache der Vernunft und man griff zur altbekannten Sprache der Gewalt", so Wolfram Siede.

Unerträglich auch die Richterschelte des ‚Noch-Innensenators' Nagel. Der Rechtssenat bedauert offensichtlich immer noch, dass die Nazis nicht in einem von jeglichem Protest abgeriegelten Stadtteil ziehen konnten. In einer Eilentscheidung war das Oberlandesgericht am Vorabend der antifaschistischen Maidemonstration den Argumenten des Hamburger Bündnisses gegen Rechts gefolgt. Die von der Versammlungsbehörde ursprünglich verfügte Totalabsperrung des Stadtteils wurde aufgehoben!

Christiane Schneider, Abgeordnete der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE., dazu: „Die Proteste sowie die Angriffe der Nazis auf Polizeibeamte hätten zur Auflösung der Veranstaltung nach Maßgabe des polizeilichen Notstandes führen müssen. Die Einsatzleitung der Polizei schien nicht davon angetan zu sein, für die Nazis, die ihre Beamten zuvor angegriffen haben, den Weg mit Wasserwerfer- und Schlagstockeinsatz gegen einen ganzen Stadtteil frei zu prügeln". Christiane Schneider spricht in diesem Zusammenhang von einer „politisch gewollten Entscheidung, die Nazis laufen zu lassen".

Bereits am Vorabend lieferten mehr als 5000 Menschen (Angaben der Veranstalter) beim LKW-Konzert ein eindrucksvolles „Warm up" zur Demonstration.

Bündnis gegen Rechts, Hamburg
www.keine-stimme-den-nazis.de ■

Rassistische Hetze in Viersen

VIERSEN. Am Montag, den 21. April, wurden am Viersener Marienplatz eine 33-jährige aus dem Kongo stammende Frau und ihre sechsjährige Tochter von vier Jugendlichen massiv rassistisch beschimpft. Zudem bewarfen die Tatverdächtigen die Frau und ihr Kind mit Äpfeln. Der Frau, die in Belgien und Deutschland Modedesign studiert hatte, gelang die Flucht in ein nahe gelegenes Haus, von wo aus die Polizei informiert wurde. Noch im Beisein der Polizei wurden die Frau und ihre Tochter auf unflätige Art und Weise beschimpft.

Bei den Jugendlichen, die anscheinend zu einem Zirkus gehörten, der gerade seine Zelte abbrach, handelt es sich um zwei junge Männer im Alter von 22 und 16 Jahren. Während der Jüngere aus Viersen stammt, haben der Ältere und eine 18jährige Mittäterin ihren Wohnsitz in Dortmund. Ein 12-jähriges Mädchen, das die Älteren fortwährend angestachelt hatte, kommt aus Mönchengladbach-Rheydt. Gegen die Tatverdächtigen wurden Ermittlungen wegen Volksverhetzung eingeleitet. Laut einem Eintrag im regionalen Neonazi-Forum „Nationales Forum Rheinland" hatte in Viersen noch zwei Tage zuvor, am 19. April, eine Mahnwache der NPD stattgefunden. Angeblich habe die Verwaltung einen Informationsstand der NPD in der Fußgängerzone nicht genehmigen wollen. Daraufhin habe die NPD eine Mahnwache angemeldet, die dann kurzfristig genehmigt wurde. Diese sei dann vor dem Rathaus und in der Fußgängerzone „erfolgreich durchgeführt" worden, wobei „mehrere hundert Flugblätter verteilt" worden sein sollen. Der im Viersener Stadtteil Dülken lebende Gunter Kretzschmann, der als Selbständiger im Feinmechanik-Bereich tätig ist, wurde kürzlich erneut in den Kreisvorstand der NPD Mönchengladbach-Heinsberg wiedergewählt. 2005 hatte er für die NPD zum Landtag kandidiert.

peb ■

Moschee in Wülfrath beschmiert

WÜLFRATH. Die rassistische Kampagne gegen Moscheebauten zeigt ihre Wirkung. In Wülfrath wurde in der Nacht auf den 19. April eine Moschee mit rassistischen Parolen und Nazi-Symbolen beschmiert. „Unbekannte" hatten Parolen wie „Sieg Heil" und „Ausländer raus" sowie ein Hakenkreuz und SS-Runen auf die Außenmauern der Moschee geschmiert. Der Vorsitzende des Islamischen Vereins in Wülfrath zeigte sich tief betroffen. So etwas habe es hier in den vergangenen 27 Jahren gemeinsamen Zusammenlebens noch niemals gegeben. „Wir sind keine Ausländer. Wir sind Bürger dieses Landes."

peb ■

Pendls Abberufung rechtens

ÖSTERREICH/WIEN. Die Abberufung des Medizinprofessors Gerhard Pendl als Universitätsrat der Wiener Medizin-Universität war rechtens. Dies entschied jetzt der österreichische Verfassungsgerichtshof und lehnte eine Beschwerde des Burschenschafters ab. Grund für die Abberufung Pendls war dessen 2006 gehaltene Lobrede am Grab des NS-Jagdfliegers Walter Nowotny. Die „kompromisslose Ablehnung des Nationalsozialismus" sei „ein grundlegendes Merkmal der 1945 wiedererstandenen Republik", urteilte das Gericht. Der Generalsekretär der extrem rechten FPÖ, Harald Vilimsky, sprach von einem „schwarzen Tag für die österreichische Rechtsprechung" und einer „Schmierenkomödie ersten Ranges".

hma ■

Turner ehren Jahn

ÖSTERREICH/WIEN. Am 31. Mai findet im Spiegelsaal des Wiener Haus des Sports eine Festveranstaltung zum 230.Geburtstag von Friedrich Ludwig Jahn statt. Der als „Turnvater" bezeichnete Jahn nahm als Antisemit keine Juden in seine Turnvereine auf und erklärte: „Deutschlands Unglück sind die Polen, Franzosen, Pfaffen, Junker und Juden". Aber um Jahns Antisemitismus und Nationalismus geht es auf dieser Veranstaltung nicht. Nach einer Begrüßung durch den Obmann des „Österreichischen Turnerbundes" (ÖTB) Wien, Helmut Fuchs, eröffnet der Bundesdietwart des ÖTB, Dr. Wolfgang Viernstein, die Veranstaltung. Es folgen verschiedene Referate über das Wirken Jahns. Unter den Referenten finden sich u.a. Prof. Dr. Lothar Höbelt, wiederholt Interviewpartner der „Deutschen Nationalzeitung" und Dr. Karl Katary, 1. Stellvertretender Vorsitzender der deutschtümelnden „Österreichischen Landsmannschaft".

hma ■

EUFV unter Druck

WIEN. Der Generalrat der „Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen" (EUFV) hat sich zu der Kritik geäußert, dass ihm extrem rechte Gruppen als Mitglied angehören würden und maßgeblich an der Erstellung des Statuts mitgewirkt hätten. Natürlich weist die EUFV all diese Vorwürfe zurück. Unterstützung erfährt die EUFV unterdessen vom extrem rechten „Zentralrat der vertriebenen Deutschen". Der „Zentralrats"-Vorsitzende Herbert Jeschioro, 1999 Interviewpartner des NPD-Organs „Deutsche Stimme", ruft im revanchistischen Wochenblatt „Der Schlesier" seine „von der rassistischen Austreibung entrechteten Landsleute" dazu auf, „die historische Stunde der Neuorientierung in einem europäischen Vertriebenenverbund, sprich EUFV" zu nutzen und diesem beizutreten. Die „vergangenen Verbrechen", so Jeschioro, hätten „kein Anrecht auf Relativierung und Entschuldigungslügen.

hma ■

250 AntifaschistInnen demonstrieren gegen rechte Gewalt und den Wahlkampf der NPD

KIEL. Als weitere Reaktion auf die Reihe faschistischer Angriffe auf linke Kieler Objekte im Laufe der Woche, demonstrierten am 20.4.2008 etwa 250 Menschen. Das Motto der Demo war: „Null Toleranz für Nazis. Nicht in Deinem Viertel. Nicht auf unseren Straßen. Nirgendwo! Faschistische Strukturen aufdecken und bekämpfen! Den NPD-Wahlkampf gemeinsam lahm legen". Die Demonstration zog lautstark vom Gaardener Vinetaplatz in die Kieler Innenstadt zum Asmus-Bremer-Platz. Im Zentrum des Protestes stand ein von zwei NPD-Kommunalwahlkandidaten und weiteren Neonazis bewohntes Haus in der Preetzer Str. 11 und der bevorstehende NPD-Wahlkampf in Kiel. An der Kreuzung Preetzer Str./ Schwedendamm wurde während einer Zwischenkundgebung in einem Redebeitrag auf die Bedeutung des Hauses hingewiesen.

Das Haus in der Preetzer Str., in dem zwei Kandidaten der neofaschistischen NPD zur bevorstehenden Kommunalwahl in Kiel, Thomas Krüger und Nils Hollm wohnen, war bereits in der Vergangenheit u.a. durch herausschallende Nazimusik und in den Fenstern hängende SS-Fahnen aufgefallen. Am vergangenen Freitag war es zu einer minutenlangen Straßenschlacht zwischen TeilnehmerInnen einer antifaschistischen Spontandemo anlässlich der vorausgegangenen Naziattacken und im sowie vor dem Haus postierten Neonazis gekommen, darunter auch die beiden NPD-Kandidaten. Daran anknüpfend feierten im Haus in der Nacht vom 19. auf den 20. April 30 Neonazis in den Geburtstag Adolf Hitlers hinein. Bewacht wurden sie dabei von einem massiven Polizeiaufgebot. Die Stimmung im Stadtteil war dementsprechend angespannt, die Lage blieb aber relativ ruhig. Es kam aber im gesamten Stadtgebiet vereinzelt wieder zu Übergriffen mit rechtem Hintergrund. Auch am 21.4. postierten sich wieder mehrere Neonazis vor dem Haus, weshalb mit einem Ende des Konfliktes zwischen dem Nazihaus und dem migrantisch und subkulturell geprägten Stadtteil Gaarden nicht zu rechnen ist.



Vielfältiger Protest auf den Straßen – aber auch die Anwohner ließen ihre Phantasie spielen



Julia Schmidt von der Anti-Nazi-Koordination Kiel: „Unsere Demonstration mit ihrer für die Mobilisierungszeit von nur einem Tag höchst erfreulichen TeilnehmerInnenzahl hat deutlich gemacht, dass wir uns von den NPD-Kandidaten und ihren Nazifreunden in der Preetzer Str. 11 nicht einschüchtern lassen. Wir stehen solidarisch zusammen! Dies lässt uns gestärkt in die kommenden Aktionen gegen den Kommunalwahlkampf der NPD gehen. Diese Partei hat sich schon vor Beginn ihres Wahlkampfes einmal mehr als das gezeigt was sie ist: Eine Nazi-Partei mit allem was dazu gehört, faschistische Straßengewalt und menschenverachtende Propaganda. Sie wird es nun schwer haben, ihre biedere Verpackung noch irgendwem glaubhaft verkaufen zu können.“

PM der Anti-Nazi-Koordination Kiel, 20.4.2008, baanord@gmx.de ■

Durlach: mehr als 600 zeigen Gesicht gegen Neonazis

Karlsruhe. Für mehr als eine Stunde war am Freitag, 25. April die Bundesstraße 3 vor dem geplanten NPD-Propagandazentrum in Durlach dicht. In nur vier Tagen Vorbereitungszeit waren dem Aufruf des Antifaschistischen Aktionsbünd-

weiter Seite 4

DIE LINKE. verurteilt den Neonazi-Aufmarsch durch Barmbek

Die friedliche Großdemonstration des Hamburger Bündnisses gegen Rechts ist ein klares Zeichen gegen Antisemitismus, Rassismus und neonazistische Gewalt.

DIE LINKE verurteilt den brutalen Polizeieinsatz gegen couragierte AntifaschistInnen und Hamburger BürgerInnen, die sich den Neonazis in den Weg gesetzt haben. Innensenator und Polizeiführung missachten den Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes zur Demonstration des Hamburger Bündnisses gegen Rechts und drohten mit Strafanzeigen gegen den Versammlungsleiter des Bündnisses gegen Rechts.

Die friedliche Demonstration des Hamburger Bündnisses gegen Rechts mit über 10.000 Menschen gegen den Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai 2008 in Hamburg-Barmbek war ein großer Erfolg zivilgesellschaftlichen Engagements. Zu der Demonstration gegen die Neonazis hatte ein breites Bündnis aus Bürgerinitiativen, Kirchen, DGB-Jugend, Geschäftsleuten, antifaschistischen Initiativen und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen sowie der LINKEN aufgerufen. Auf der Demonstration sprachen u.a. Esther Bejarano vom Auschwitz-Komitee, der Barmbeker Pastor Rainer Hanno, Dr. Jürgen Bönig vom Museum der Arbeit, der Schauspieler Rolf Becker, die Betriebsrätin und Abgeordnete Kersten Artus, der Kabarettist Thomas Ebermann, VertreterInnen von Studierenden aus GEW und ver.di sowie von Avanti und anderen antifaschistischen Initiativen gesprochen. Prof. Dr. Norman Paech, Hamburger Bundestagsabgeordneter der LINKEN forderte in seiner Rede auf der Demonstration ein erneutes NPD-Verbotsverfahren und die sofortige Abschaltung der vom Verfassungsschutz bezahlten V-Leute in der NPD.

Christiane Schneider, Innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft:

„Ein ganzer Stadtteil hat sich, unterstützt von vielen anderen Menschen, am 1. Mai der Provokation der Neonazis durch Hamburg-Barmbek entgegengestellt. Angesichts des vielfältigen friedlichen Widerstands ist es ein handfester politischer Skandal, dass der scheidende Innensenator Udo Nagel und die Polizeiführung den Neonaziaufmarsch mit Wasserwerfern, Räumpanzern und Schlagstöcken gegen die vielen gewaltfreien Spontan-Kundgebungen von couragierten AntifaschistInnen und AnwohnerInnen durchgesetzt haben.

Fehlt dem Innensenator Nagel wirklich jedes Gespür dafür, dass Transparente wie „Krieg gegen ein Scheiß-System“ äußerste Gewaltbereitschaft demonstrieren? Dass Parolen wie „Nie wieder Israel“ eine ungeheuerliche Bedrohung jüdischer BürgerInnen sowie die Hasstiraden gegen MigrantInnen eine direkte Gefahr für Menschen bedeuten?

Die Transparente, Parolen und Reden der Neonazis erfüllen den Straftatbestand der Volksverhetzung und hätten alleine schon die sofortige Auflösung gerechtfertigt.

Zudem ging von dem Neonazi-Aufzug zu jedem Zeitpunkt eine konkrete Gefahr für die Sicherheit von JournalistInnen und GegendemonstrantInnen aus. Der gewalttätige Angriff von Neonazis auf Journalisten während der Auftaktkundgebung am S-Bahnhof Alte Wöhr sowie verschiedene Angriffe von Neonazis während der Demonstration im Rübenkamp hätten ebenfalls die sofortige Auflösung erfordert.

Während einerseits der menschenverachtenden Hetze der Neonazis mit Polizeigewalt der Weg freigeräumt wird, werden die friedlichen couragierten Sitzblocken und die Großdemonstration kriminalisiert.

Der Innensenator und die Hamburger Polizeiführung haben damit eklatant gegen das Deeskalationsgebot des Bundesverfassungsgerichts verstoßen. Das Oberverwaltungsgericht Hamburg hatte der Demonstrationsroute des Hamburger Bündnisses gegen Rechts den Vorrang gegenüber der Nazi-Demonstration eingeräumt.

Nachdem die Demonstrationsroute des Hamburger Bündnisses gegen Rechts vom Oberverwaltungsgericht bestätigt wurde, hätte die Polizeiführung den Neonaziaufmarsch an der Alten Wöhr unverzüglich aufgrund der von den Neonazis ausgehenden konkreten Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung verbieten müssen.

Die Fraktion DIE LINKE wird deshalb im Innenausschuss der Bürgerschaft eine detaillierte Untersuchung der Neonazi-Demonstration sowie des Polizeieinsatzes initiieren.“

Pressemitteilung DIE LINKE. Hamburg vom 2. Mai 2008 ■

nisses Karlsruhe (AAKA) mehr als 600 Bürgerinnen und Bürger aus Durlach und der näheren Umgebung gefolgt, darunter die Ortsvorsteherin, Ortschaftsräte, Bundes- und Landtagsabgeordnete, viele aktive AntifaschistInnen und erfreulich viele SchülerInnen und Jugendliche. AAKA-Mitglieder hatten zur Mobilisierung 5000 Flugblätter in Durlach verteilt.

Unter großem Beifall stellte Silvia Schulze, Sprecherin des AAKA und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) in Karlsruhe zur Eröffnung fest: „In Durlach wird es niemals ein NPD-Zentrum geben!“ Mit der heutigen Aktion seien geplante Nazi-Versammlungen im Haus Badener Str. 34 bereits zum dritten Mal in Folge verhindert worden. „Auf jeden weiteren Versuch von Nazi-Propagandaversammlungen werden wir in der gleichen Weise vor Ort reagieren, solange bis das Zentrum verschwunden ist.“

Die RednerInnen – Winnie Kratzmeier-Fürst, Grüne Ortschaftsrätin, Jürgen Ziegler, stellv. DGB-Regionsvorsitzender und Verdi-Bezirksgeschäftsführer, Karin Binder, MdB DIE LINKE., Johannes Jung, MdB SPD, und ein Vertreter des Ettlinger Bündnisses gegen Rassismus und Neonazis – bezogen sich auf verschiedene Aspekte wie demokratische Traditionen von Dur-lach, Sozialabbau und Bildungsdefizite als Nährboden für Neonazis, Notwendigkeit der aktiven Unterstützung der gesamten Region und waren sich einig darin, dass der braune Spuk in gemeinsamem, kraft- und phantasievollem Widerstand beendet werden wird.

Eine Delegation der Protestversammlung konnte sich auf Einladung der Versammlungsbehörde und der Polizei davon überzeugen, dass das Haus aufgrund der städtischen Auflage für jegliche Nutzung außer Sanierungsarbeiten geschlossen ist. Laut BNN hatte die Polizei am Rande der Demo 15 Personen des rechtsextremen Spektrums Platzverweise erteilt. Einer davon hatte Videoaufnahmen der Demo-TeilnehmerInnen gemacht. Silvia Schulze stellte dazu als Versammlungsleiterin unter starkem Beifall der Anwesenden fest, dass von der Polizei erwartet wird, dass das Videomaterial beschlagnahmt und vernichtet wird. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Antifaschistisches Aktionsbündnis Karlsruhe, www.antifa-buendnis-ka.de ■

4000 Menschen auf revolutionärer 1. Mai-Demonstration in Nürnberg

NÜRNBERG. Unter dem Motto „Nazis stoppen! Ausbeutung und Unterdrückung beenden! Kapitalismus abschaffen! Es gibt keine Alternative zur sozialen Revolution“ demonstrierten am 1. Mai über 4000 Menschen – selbst die Polizei bestätigte die Zahl gegenüber dem Anmelder – auf der inzwischen traditionellen revolutionären 1. Mai-Demonstration in Nürnberg.

Die von der organisierten autonomie (OA) initiierte und von einem breiten Bündnis linker Gruppen unterstützte Demonstration zog von Gostenhof in die Nordstadt, wo ein von der NPD angemeldeter nationalsozialistischer Aufmarsch begann. In der Färberstraße, Höhe Kornmarkt schlossen sich etwa hundert Menschen, die zuvor an der Demonstration des DGB teilgenommen hatten, der revolutionären Demonstration an, um mit in die Nordstadt zu laufen, um dort vor Ort gegen den Naziaufmarsch zu protestieren.

Als die revolutionäre 1. Mai Demonstration kurz vor dem angemeldeten Abschlusskundgebungsort angekommen war, versuchte die Polizei die Demonstration zu stoppen. Die aufgezogene Polizeikette wurde jedoch von DemonstrationsteilnehmerInnen durchbrochen, so dass die Demonstration bis zu den Absperrgittern laufen konnte, die errichtet worden waren, um den Aufmarsch der NPD zu ermöglichen. Hier machte die Polizei deutlich, dass sie bereit ist, unter Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray den Naziaufmarsch durchzuprügeln. Etliche Menschen wurden zum Teil erheblich verletzt, als die Polizei-Spezialeinheit USK wild um sich prügelte. Mindestens zwei Menschen mussten mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Kurz darauf stürmte das USK den vorderen Lautsprecherwagen der Demonstration, auf dem zu diesem Zeitpunkt Verletzte versorgt wurden, schnitt die Kabel der Anlage durch, warf Teile derselben in blinder Zerstörungswut auf den Boden und prügelte auf die Menschen auf dem LKW ein. Dadurch wurde auch verhindert, dass ein KZ-Überlebender auf diesem Lautsprecherwagen sprechen konnte.

Angesichts des martialischen Polizeiaufmarsches und der weiträumigen Absperrungen, die die an der Route des NS-Aufmarsches gelegenen Stadtteile in einen Belagerungszustand versetzten, war es bis etwa 16.00 Uhr unmöglich, den Naziaufmarsch zu blockieren. Dafür legte die Polizei den öffentlichen Verkehr in der Nordstadt komplett lahm.

„Der 1. Mai 2008 in Nürnberg ist für die revolutionäre Linke als großer Erfolg zu werten, so Julius Schöberl von der organisierten autonomie (OA). „Tausende Menschen demonstrierten für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, für eine Welt, ohne Kapitalismus und machten deutlich, dass FaschistInnen und RassistInnen mit entschlossenem Widerstand zu rechnen haben, wenn sie in Nürnberg marschieren wollen. Auch dass der Aufmarsch der NPD nicht verhindert werden konnte, schmälert diesen Erfolg nicht.“

organisierte autonomie (OA)
organisierte autonomie
c/o Libresso Nürnberg
organisierte-autonomie@web.de
www.redside.tk ■

Weg frei für NPD-Bundesparteitag in Bamberg

BAMBERG. Der NPD-Bundesparteitag am 24./25. Mai 2008 kann im Hegelsaal der Konzert- und Kongresshalle Bamberg stattfinden. Der bayerische Verwaltungsgerichtshof in München entschied am heutigen Freitag (18.4.) in einem Eilverfahren, dass die extrem rechte Partei einen Anspruch auf Überlassung der Räumlichkeiten durch die Stadt Bamberg hat. In Bezug auf eine zu erwartende Gegendemonstration und eine parallel zur NPD stattfindende Veranstaltung der Bamberger Symphoniker heißt es in einer Pressemitteilung des Gerichts weiter: Es sei nicht ersichtlich, dass die öffentliche Ordnung und Sicherheit nicht mit polizeilichen Maßnahmen aufrechtzuerhalten sei.

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof legte allerdings fest, dass die NPD am Sonntag das Gebäude bis 18 Uhr zu verlassen habe. Die Stadt Bamberg prüft derweil eine Verfassungsbeschwerde, die allerdings ohne große Aussichten auf Erfolg sein dürfte. *www.aida-archiv.de* ■

Proteste gegen extrem rechte Stadträte

NÜRNBERG. Mit Kundgebungen jeweils vor den Rathäusern haben am Freitag 2. Mai Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen den Einzug von drei extrem rechten Stadträten in die Stadtversammlungen von Nürnberg und München demonstrieren. In den beiden bayerischen Großstädten errang die NPD-dominierte Liste Bürgerinitiative Ausländerstop insgesamt drei Mandate. Am 2. Mai 2008 wurden sowohl in Nürnberg als auch in München die neuen Stadträte vereidigt und es fanden die konstituierenden Sitzungen der neuen Vertretungen statt.

Insgesamt 12.309 Wählerinnen und Wähler machten die Mandatsgewinne durch Stimmabgabe für diese rassistischen Listen möglich. Der bayerische NPD-Vorsitzende Ralf Ollert, seit 2002 für die BIA Nürnberg im Rathaus erhält nun von dem Anti-Antifa Aktivisten Sebastian Schmaus Gesellschaft. Insgesamt erhielt die BIA in Nürnberg 3,3% und damit 1% mehr als bei der letzten Wahl. In München schaffte der derzeitige Chefberater der sächsischen NPD-Landtagsfrak-

Haftstrafe für Horst Mahler

Der in Ebersberg wohnende Holocaustleugner Horst Mahler ist am 28. April vom Amtsgericht Erding wegen Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen,Volks-verhetzung und tateinheitlicher Beleidigung zu einer zehnmonatigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt worden.

Horst Mahler hatte am 4. Oktober 2007 dem Journalisten Dr. Michel Friedman (Frankfurt) im Hotel Kempinski am Münchner Flughafen ein Interview gegeben und ihn dabei zu Beginn zweimal mit „Heil Hitler, Herr Friedmann“ begrüßt. Es folgten im Rahmen des zweistündigen Gesprächs mehrere eindeutigen Leugnungen der Shoah durch den von einem Berufsverbot belegten 72-jährigen Rechtsanwalt Mahler. Das Magazin „Vanity Fair“ druckte Auszüge des Interviews im Heft ab und stellte zeitweise die komplette Transkription der eigenen Mitschnitte im online-Angebot zur Verfügung. Der zu einer Zeugenaussage angereiste Dr. Michel Friedman rechtfertigte dies heute erneut durch die publizistische Informationspflicht des Journalismus:“Die Öffentlichkeit muss sich damit auseinandersetzen, dass es Menschen mit so einer gefährlichen Geisteshaltung gibt.“

Horst Mahler erschien zum Prozess am Erdinger Amtsgericht allein. „Die einzige, die mich verteidigen könnte, sitzt in Haft“, jammerte er über die Inhaftierung seiner Lebensgefährtin Sylvia Stolz aufgrund des (noch nicht rechtskräftigen) Urteils des Mannheimer Landgerichts. Im Publikum saßen wieder die notorischen Mahler-Fans, die etwa zwei Dutzend angereisten meist bürgerlich-bieder wirkenden SympathisantInnen fanden gar nicht alle Platz im kleinen Sitzungssaal drei. Bei ihnen handelt es sich zum Teil um Neonazis aus der Region, die Horst Mahler auch im Sommer 2007 bei seiner Entlassung aus der JVA Bernau begrüßt und anschließend zum Obersalzberg begleitet hatten. Zum anderen waren neonazistische Aktivisten aus Gera und selbsternannte „Reichsbürger“ bis aus Berlin angereist.

Vor seinen Getreuen, so dachte Horst Mahler wohl, könne er es auf einen erneuten Schlagabtausch mit Dr. Michel Friedman anlässlich dessen Zeugenvernehmung ankommen lassen. Die wenig vorbereitet und nicht souverän wirkende Richterin ließ Mahler zunächst gewähren, auch als der antisemitisch lospolterte „Kann ein Jude als Angehöriger eines auserwählten Volkes von einem Goj überhaupt beleidigt werden?“. Mahler wiederholte auch einige der im Interview gefallenen antisemitischen Parolen, etwa die von den „Juden als Verkörperung der zersetzenden Rolle“.

Horst Mahler, der vor sich demonstrativ die z.T. illegalen Publikationen „Vorlesungen über den Holocaust“ von Germar Rudolf, seine eigene Schrift „Antworten auf die Judenfrage“ und zwei gebundene Bände der Revisionsanträge von Sylvia Stolz aufgebaut hatte, reichte dann Beweisanträge ein, mit der er die Offenkundigkeit der Shoah in Frage stellen wollte. Dabei bezog er sich u.a. auf sogenannte „Forschungen“ der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ und begann ausführlich über Authentizität oder Nicht-Authentizität des Protokolls der Wannsee-Konferenz zu referieren. Es war letztlich die Staatsanwaltschaft, die den ständigen auf Holocaustleugnung abzielenden Anspielungen Horst Mahlers endlich offensiv entgegentrat. Die bis dahin recht untätige vorsitzende Richterin Astrid von Boennighausen-Budberg warf daraufhin Horst Mahler wegen „ungebührlichen Verhaltens“ für einige Minuten aus dem Saal. Die Beweisanträge wurden in der Zwischenzeit alle abgelehnt und der Staatanwalt konnte dann im Plädoyer die in der Anklageschrift aufgeführten Vorwürfe als erwiesen aufführen. Da er keine positive Sozialprognose aussprechen könne, forderte er eine Haftstrafe von elf Monaten.

Horst Mahler verzichtete auf längere Ausführungen und nach kurzer Beratung verkündete Richterin Von Boennighausen-Budberg das Urteil: Eine zehnmonatige Haftstrafe sei Tat- und Schuldangemessen, für eine Bewährungsstrafe gebe es keinen Raum. Horst Mahler kündigte an, in Berufung zu gehen und sprach draußen seinen angereisten SympathisantInnen Mut zu: „Wir müssen die Fesseln spüren, damit wir uns erheben und sie sprengen (..) Der Holocaust-Maulkorb ist kein deutsches Recht, sondern Befehl der Fremdherrschaft. Es ist nicht der Wille des Deutschen Volkes, sich auf den Knien vor den Juden zu bewegen.“ Dr. Michel Friedman machte darauf aufmerksam, dass es nicht allein um die Person Horst Mahler geht: „Rassismus, Antisemitismus und die Verherrlichung von Hitler stellen eine konkrete Gefahr auch im Deutschland von heute dar. (...) Wenn es nur Horst Mahler wäre in Deutschland, wäre er nicht der Rede wert. Aber hinter Horst Mahler stehen doch hunderttausende und Millionen Deutsche, die so hardcore wie er oder softiger mit der Nostalgie zu Hitler und dem dritten Reich leben und nach wie vor antisemitisch sind.“

Robert Andreasch
28.04.2008, www.aida-archiv.de ■



tion Karl Richter mit 1,4% den Einzug ins Rathaus. *www.aida-archiv.de* ■

Brauner Tag für Frankfurter Gewerkschaftshaus

FRANKFURT. Frankfurter Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter erinnerten am 25.4.2008 an die Besetzung ihres Hauses durch die Nazi-Schergen am 2.5.1933 vor 75 Jahren.

Mit der Verlegung eines ein Meter langen Stolpersteins vor dem Haupteingang des Frankfurter Gewerkschaftshauses durch den Künstler Gunter Demnig erinnerte der Vorsitzende der DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, Harald Fiedler daran, dass das 1931 erbaute Gewerkschaftshaus Stein für Stein von Frankfurter Gewerkschaftsmitgliedern selbst errichtet und finanziert wurde. Mit der Inschrift auf dem Stolperstein gedenken der Frankfurter DGB und seine Gewerkschaften der verfolgten, gefolterten und ermordeten Frankfurter Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter während der Zeit der Nazi-Diktatur.

„GEWERKSCHAFTSHAUS ERBAUT 1931. WIR GEDENKEN DEN ERBAUERN. VIELE VON IHNEN OPFERTEN LEBEN UND FREIHEIT IM KAMPF GEGEN DIE NAZIHERRSCHAFT“

aus: PM, DGB Frankfurt-Rhein-Main ■

Polnische Eisenbahn (PKP) übernimmt die letzte Etappe

DRESDEN/WARSCHAU. Die polnische Eisenbahngesellschaft PKP wird den „Zug der Erinnerung“ in der Grenzstadt Görlitz übernehmen und nach Oœwiêcim (Auschwitz) geleiten. Dies bestätigte das Warschauer Unternehmen am Dienstag (29.4.). PKP-Triebfahrzeuge werden den Zug am 7. Mai nach Zgorzelec bringen, wo Schüler der Stadt die Ausstellung besichtigen können. Sie berichtet an hervorgehobener Stelle auch über das Schicksal polnischer Kinder und Jugendlicher, die von den NS-Behörden deportiert wurden.



Czeslawa Kwoka, geb. 1928, starb am 12.3.1943 in Auschwitz-Birkenau Foto: Museum Auschwitz-Birkenau

Am Nachmittag des 7. Mai wird der Zug auf dem Bahnhof Wroclaw (Breslau) von Schülern der Stadt begrüßt werden. Am Abend trifft er dann in Oœwiêcim (Auschwitz) ein.

Die polnischen Eisenbahnen PKP sind das zweite europaweite Logistikunternehmen, das den „Zug der Erinnerung“ vorbehaltlos unterstützt. Zuvor hatten bereits die französischen Staatsbahnen (SNCF) unbürokratisch geholfen. Lediglich die Konzernleitung der DB AG weigert sich, die Fahrt des Zuges finanziell zu erleichtern.

Ganz anders verhielten sich offizielle Stellen in Sachsen. Dort traf der Zug am Montag (28.4.) ein und wurde mit Grußworten der Dresdner Staatsministerin Dr. Eva-Maria Stange eröffnet. Dresdner Schüler hatten sich monatelang auf die Ausstellung vorbereitet. Die Spurensuche brachte an den Tag, dass über 200 Dresdner Kinder und Jugendliche in die Vernichtungslager deportiert wurden. Bisher hatte das Bundesarchiv lediglich 63 jugendliche Deportationsopfer vermerkt.

Nachdem in den ersten drei Ausstellungstagen fast 8.000 Besucher auf den Dresdner Hauptbahnhof kamen und Hunderte wegen zu langer Wartezeiten abgewiesen werden mussten, war der „Zug der Erinnerung“ auch am 1. Mai geöffnet.

www.zug-der-erinnerung.eu ■

In Stolberg ist kein Platz für Neonazis!

www.arbeiterfotografie.com

Bereits zum dritten Mal in diesem Monat hatten am Samstag rechtsextremistische Kräfte, dieses Mal vor allem die NPD, nach Stolberg bei Aachen mobilisiert. Die Stadt, in der Neonazis ohnehin immer mehr Präsens zeigen, soll, wenn es nach ihnen ginge, nach einer tödlichen Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen zu einem neuen Wallfahrtsort für die rechte Szene werden.

Dass es sich bei den Demonstrationen nicht um die angekündigten „Trauermärsche“ handelte, wurde bereits vor zwei Wochen deutlich, als rund 800 Rechte, vor allem aus dem Spektrum der sog. Autonomen Nationalisten, durch die Stolberger Innenstadt zogen und sich dort gewalttätige Ausein-andersetzungen mit der Polizei lieferten.

Dementsprechend wichtig wurde von vielen linken Gruppen in den folgenden zwei Wochen die Mobilisierung für die Gegendemo genommen, da man dieses Mal zahlenmäßig überlegen sein wollte.

Das gelang auch: So waren es am 26. „nur“ noch etwa 500 Rassisten, die dem Ruf der NPD gefolgt waren. Dabei war mit Udo Voigt, Christian Worch und dem gerade aus der Haft entlassenen Axel Reitz fast die gesamte Prominenz der deutschen extremen Rechten als Redner vertreten.

An der Gegendemo nahmen bis zu 1500 Demonstranten teil. Diese stammten aus unterschiedlichen Spektren. Von autonomen AntifaschistInnen über SAV, Linksjugend und VVN/BdA bis hin zu den Grünen und sogar extra angereisten AntifaschistInnen aus den Nachbarländern war alles vertreten. Erfreulicherweise gelang es auch, viele engagierte Stolberger Bürgerinnen und Bürger für sich zu gewinnen, die sich entweder dem Demozug angeschlossen hatten oder sich – wie viele Laden- oder Gastronomiebesitzer – sehr freundlich und kooperativ zeigten. Damit wurde ein klares Zeichen gesetzt, dass die brutalen Rassisten in der Stadt bei weitem nicht so großen Rückhalt besitzen, wie sie es gerne hätten.

Die Polizei, die mit über 1000 Einsatzkräften wie schon vor zwei Wochen die Innenstadt hermetisch abgeriegelt hatte, fiel leider während der Demonstration vereinzelt durch unnötige Provokationen auf, indem sie sich kleine Auseinandersetzungen mit angeblich vermummten DemonstrantInnen lieferte.

Doch schließlich wurde der Zug doch bis zum geplanten und genehmigten Endkundgebungsplatz durchgelassen, welcher sich in Sichtweite der Rechtsextremen befand. So konnte man diesen lautstark zeigen, was man von ihren menschenverachtenden Ideologien hält.

Zwar gelang es nicht, den Aufzug der Neonazis ernsthaft zu blockieren, aber dennoch kann man von dem Tag sicherlich auch einige erfolgreiche Erkenntnisse mit nach Hause nehmen. Stolberg wird sich den Rassisten nicht ohne Widerstand überlassen. Auch wenn 500 Rechte immer noch genau 500 zu viel sind, war der Tag für die Neonazis, die sich im Laufe des „Trauermarsches“ sogar untereinander prügelten, alles andere als ein Erfolg.

www.arbeiterfotografie.com

NPD-Vorsitzender Voigt in vorderster Front

Man kann also hoffen, dass es den Stolbergerinnen und Stolbergern in Zukunft erspart bleibt, an einem Samstag Nachmittag nicht mehr in die eigene Wohnung oder zum Einkaufen gehen zu können, damit einige Ewiggestrige vor der Haustür oder dem Laden rassistische Parolen grölen können. *JK* ■

19./20. September 2008 in Köln:

„Anti-Islamisierungs-Kongress“ gemeinsam verhindern!

Die im kommenden Jahr stattfindenden Kommunalwahlen NRW werden bereits jetzt vorbereitet. Besonders aktiv dabei sind Manfred Rouhs mit seinen Gesinnungsgenossen von der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln“ sowie deren landesweites Pendant „pro NRW“: Ihr für den 19. und 20. September 2008 geplanter „Anti-Islamisierungs-Kongress“ in Köln, den sie unter das hetzerische Motto „Nein zu Moscheen – Nein zu Minaretten – Nein zu Muezzinruf“ gestellt haben, wird mit Sicherheit den Auftakt des „pro Köln“-Wahlkampfs bilden.

Das allerdings ist nicht der einzige Grund für Antifaschist(inn)en alarmiert zu sein: Mit dem Auftreten prominenter europäischer Rechtsextremisten, laut Darstellung der Veranstalter haben neben dem Chef der österreichischen FPÖ Strache, dem FPÖ-Europaabgeordneten Andreas Mölzer, dem Vorsitzenden des rassistischen Vlaams Belang aus Belgien auch Front National-Boss Jean Marie Le Pen zugesagt, erlangt das Auftreten der Rechten eine neue Qualität. Waren sie bisher vor allem auf nationaler oder regionaler Ebene aktiv, scheint jetzt eine Europäisierung der Rechtsparteien angestrebt zu werden, um bei den Europawahlen koordiniert aufzutreten.

Viele Kölner(innen) wollen den angekündigten Kongress der Rassisten und Fremdenfeinde nicht einfach ignorieren und ihn schon gar nicht tolerieren. Sie sind der Meinung, den Rechten dürfe das Feld nicht kampflos überlassen werden, der Internationale der braunen Menschenfeinde müsse eine internationale Aktion der Demokrat(inn)en entgegengesetzt werden. Damit soll nicht nur – wenn möglich – die rechte Hetze unterbunden werden, eine solche Aktion soll auch den Auftakt für eine längerfristige inhaltliche Auseinandersetzung mit den „pro Köln“-Tiraden bilden, einen überparteilichen Wahlkampfauftakt aller Antifaschist(inn)en.

Um den gründlich vorzubereiten, haben sich bisher zweimal Menschen aus unterschiedlichen Gruppen und Verbänden getroffen. Dabei waren neben verschiedenen antifaschistischen Initiativen auch Vertreter(innen) des ver.di Arbeitskreises Antifaschismus/Antidiskriminierung, des El-De-Haus-Vereins und der VVN/BdA sowie verschiedene Jugendverbände.

Auch wenn sich die Vorbereitungen in einem sehr frühen Stadium befinden und deshalb noch nicht sehr konkret sind, waren sich alle in den wesentlichen Punkten einig: Es soll versucht werden, die rechte Provokation mit friedlichen Mitteln wenn möglich zu verhindern. Angestrebt werden dazu massenhafte Aktionen bürgerlichen Ungehorsams, an denen sich möglichst viele Menschen beteiligen sollen. Diese Beteiligung sollte so aussehen, dass jede(r) sich nach seinen/ihren Möglichkeiten beteiligt – eine einheitliche Aktionsform wird nicht vorgegeben. Inhaltliche Grundlage der Aktionen soll ausschließlich die Ablehnung rassistischer und fremdenfeindlicher Hetze der Kongress-Veranstalter sein – andere Bedingungen für eine Teilnahme gibt es nicht. In diesem Sinne haben auch bereits Gespräche mit Verantwortlichen des Kölner DGB stattgefunden.

Noch befinden sich die Vorbereitungen des Widerstands in einer sehr frühen Phase. Alle Demokrat(inn)en sind eingeladen, sich daran kreativ und zahlreich zu beteiligen. Wenn es gelingt, viele tausend Menschen aus Köln, dem Rheinland und dem benachbarten Ausland zu mobilisieren, ist es möglich, die rassistische Provokation zu verhindern und zu zeigen: Köln ist bunt, nicht braun! *tri* ■

Am 2. Mai 1933 wurden die freien Gewerkschaften zerschlagen

Die Zerschlagung der freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 war ein sichtbares Zeichen der Beseitigung der Demokratie. Schon im Februar 1933 wurden Gewerkschafter verhaftet und misshandelt, Anfang März Gewerkschaftshäuser von Nazihorden gestürmt und demoliert. Während antifaschistische Gewerkschafter gemeinsam mit anderen Arbeiterorganisationen konkret Widerstand in Betrieben und Wohngebieten organisierten, beschränkte sich die Führung des ADGB auf schriftliche Eingaben an Reichspräsident von Hindenburg. Mehr noch: Im April 1933 verabschiedete der Vorstand des ADGB einen Aufruf zur Teilnahme an dem von den Nazis inszenierten „Tag der nationalen Arbeit“.

Doch diese Anpassung wurde nicht honoriert. Am 2. Mai 1933 besetzten SA und SS die Gewerkschaftshäuser. Funktionäre wurden verhaftet, in Duisburg fünf von ihnen brutal ermordet. Die Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen (NSBO) übernahmen die Führung, bevor Mitte Mai die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) als Zwangsorganisation mit den Unternehmern an der Spitze der „Betriebsgemeinschaft“ geschaffen wurde.

Der 2. Mai 1933 macht deutlich:

- Die faschistische Bewegung richtete sich in aller Brutalität gegen die organisierten Kräfte der Arbeiterbewegung. Wer sich – wie die NSDAP – für die politischen und expansionistischen Interessen des großen Kapitals einsetzt, der muss die Gewerkschaftsbewegung bekämpfen. Dies gilt in modifizierter Form auch heute.
- Der Versuch, dem faschistischen Vormarsch mit Erklärungen und Petitionen an den Reichskanzler entgegenzutreten, war ein verhängnisvoller Irrtum. Noch dramatischer waren die Folgen der Anpassung an die Vorgaben der faschistischen Machthaber. Damit entwaffneten sich die Gewerkschaften in ihrem antifaschistischen Handeln.



- Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass es in den Gewerkschaften viele aufrechte Antifaschisten gab, die unter Einsatz von Freiheit, Gesundheit und Leben den Widerstand gegen den Faschismus organisierten.

Die Lehren aus diesem Datum wurden nach der Befreiung 1945 mit der Wiedergründung der Gewerkschaften als Einheitsorganisation gezogen. Eine zweite Konsequenz ist die antifaschistische Orientierung der Gewerkschaften. Sie bekämpfen heute in den Betrieben, in ihren eigenen Reihen und natürlich in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit rassistisches Denken und Neofaschismus. Sie sind damit zentrale Bündnispartner im antifaschistischen Handeln heute und morgen.

Dr. Ulrich Schneider, Bundessprecher Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), www.vvn-bda.de ■

Der Front National steht vor offenen Widersprüchen, und versucht seine Truppen zu (re)mobilisieren

Neben Uraltem gibt es auch Neues beim französischen Front National (FN)

Uralt ist,

dass Jean-Marie Le Pen – ein weiteres Mal – die Realität des Holocaust in Frage stellte und diese (angeblich offene) Frage als einen „Detailpunkt in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs“ bezeichnete. In der am 25. April 08 erschienenen Ausgabe des Regionalmagazins ‚Bretons‘ erneuerte Jean-Marie Le Pen solcherlei Äußerungen, die er bereits in ähnlicher Form am 13. September 1987 im französischen Fernsehen sowie am 5. Dezember 1997 in München (in Begleitung des früheren Waffen SS-Mannes Franz Schönhuber) tätigte. Dafür ist er auch bereits mehrfach zu Geldstrafen von insgesamt 183.200,- Euro verurteilt worden.

Nunmehr wurde er wiederum rückfällig, zunächst mit den Worten, es sei „derart selbstverständlich“, dass die Frage der Existenz von Gaskammern „ein Detail in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs“ sei. Auf die Gegenäußerung der ihn interviewenden Journalistin, die Frage sei nicht die nach der genauen Zahl der Toten, sondern jene nach dem Grundprinzip („man transportiert Leute in Lager, eigens um sie zu töten“) erwidert Le Pen: „Aber das ist, weil sie das glauben! Ich fühle mich nicht verpflichtet, dieser Version zuzustimmen. Ich stelle fest, dass es in Auschwitz eine Fabrik der IG Farben gab, dass 80.000 Arbeiter beschäftigt waren. Meines Wissens sind die jedenfalls nicht vergast worden. Auch nicht verbrannt.“

Nachdem die neuerlichen Auslassungen Le Pens publik wurden und der Skandal ausbrach, berief der Chef des FN sich darauf, er habe das Magazin dazu aufgefordert, das Interview nicht zu veröffentlichen. Dessen Chefredakteur gibt seinerseits an, der nachträgliche Konflikt zwischen dem Interviewten Le Pen und dem Magazin habe lediglich darauf beruht, dass der rechtsextreme Politiker das Gespräch unbedingt auf der Seite Eins angekündigt sehen wollte – es für seine Zeitschrift aber nicht in Frage gekommen sein, ihren Titel damit aufzumachen. Zu keinem Zeitpunkt hat Le Pen seine Äußerungen inhaltlich dementiert oder sich etwa darauf berufen, falsch zitiert worden zu sein. Dabei scheinen seine Auslassungen noch nicht einmal auf einer bewussten „Strategie der Provokation“ beruht zu haben, wie es in der Vergangenheit bei manchen seiner früheren „Ausfälle“ vermutet wurde, vielmehr scheint der rechtsextreme Parteiführer tatsächlich einfach nur seinem echten „Denken“ freien Lauf gelassen zu haben. Allerdings verdächtigt der französische Zentralrat der Juden (CRIF) Jean-Marie Le Pen, er habe in mageren Zeiten, wo man in den Medien doch recht wenig von ihm höre – und wenn, um den Verkauf seines Parteisitzes aufgrund Geldmangels oder jetzt, neuerdings, den seiner gepanzerten Limousine auf eBay zu verkünden – einmal mehr „von sich reden machen“ wollen.

Neu ist

hingegen, dass es offen abweichende Äußerungen aus der Partei heraus gegen den erneuten Vorstoß Le Pens zur Relativierung (oder gar Rehabilitierung) des historischen Faschismus und Nazismus gibt. Die jüngeren Kader waren schon des Öfteren der Auffassung, dass es für die Zukunftsstrategie ihrer Partei nichts bringe, in der Vergangenheit herumzustochern (wie der damalige Ideologe des FN, Bruno Mégret, es beim letzten Skandal zum „Detail“ Ende 1997 formuliert hatte). Auch die eigene Tochter des Parteichefs, Marine Le Pen, hat sich ein weiteres Mal abgegrenzt, indem sie relativ nüchtern mitteilte, sie teile „bezüglich der Geschichte des Zweiten Weltkriegs nicht die Auffassungen ihres Vaters“. Ähnliches ließ sie bereits Anfang 2005 verkünden, als ein Interview mit Jean-Marie Le Pen in der altfaschistischen Wochenzeitung ‚Rivarol‘ publiziert wurde, worin er die nazideutsche Besatzung in Frankreich als „nicht besonders inhuman“ qualifiziert hatte. Aber dieses Mal gab es, neben dieser „innerfamiliären“ Abgrenzung, erstmals auch offenen Widerspruch seitens führender Parteifunktionäre.

So stellte der FN-Generalsekretär Louis Aliot (ein Enddreißiger, der zur „Modernisiererfraktion“ zählt und Marine Le Pen nahe steht) einen Beitrag auf seinen Blog im Internet, worin es heißt: „Wir sind eine ganze Anzahl von Führungsmitgliedern, Kadern, Aktivisten und Mitgliedern, die auf die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs nicht denselben Blick werfen wie Jean-Marie Le Pen.“ Auf der Homepage der Partei (sic) hatte er gar verkündet, die Äußerungen des Chefs „verpflichteten nicht (politisch) den Front National“ – dies wollte er so verstanden wissen, dass er sich doch Widerspruch erlauben könne, da es bei diesen Auslassungen nicht um eine „politische Linie“ handele, welchselbige festzuklopfen das alleinige Vorrecht Jean-Marie Le Pens bleibt. Letzterer hatte es aber zunächst anders verstanden, nämlich so, dass Louis Aliot ihm dieses (alleinige) Recht abspreche und streitig mache.

Es kam deswegen am 30. April zu einer Aussprache zwischen den beiden Männern, in deren Anschluss aber anscheinend die Wogen geglättet wurden; es wird allerdings am 5. oder 6. Mai noch eine Aussprache im „Politischen Büro“ geben.

Jean-Marie Le Pen erklärte seinerseits am 30. April im Radiosender France Inter, er sei Opfer einer „Inquisition“, die sich auf „politische oder historische Dogmen“ stütze wie einstmals ihre Vorläuferin auf „religiöse Dogmen“. Und er fügte hinzu: „Ich glaube, dass ich das Vertrauen der übergroßen Mehrheit der Kader besitze, mit Ausnahme vielleicht einer kleinen Anzahl von ängstlichen oder direkt von diesem Problem betroffenen Leuten.“

Dieses relativ offene Flügelschlagen ist neu für eine Partei, in der bislang das ungeschriebene Gesetz galt, dass man ein Wort des Chefs zumindest nicht „vorne herum“ und in der Öffentlichkeit in Frage stellt.

Es widerspiegelt aber auch den ausgebrochenen Richtungskampf, oder eher: die strategische Unsicherheit oder Unbestimmtheit bezüglich des einzuschlagen-

V-Leute in der NPD abschalten!

Die LINKE. hat einen Antrag auf Abschaltung der V-Leute in der NPD gestellt. Viel sei in den letzten Monaten über einen neuen Anlauf gestritten, die NPD verbieten zu lassen, heißt es in ihrer Presseerklärung dazu. Während die Debatte zur Frage eines Verbots über Parteigrenzen hinweg geführt wird, legen die Innenminister von Bund und Ländern einem möglichen Prozess Steine in den Weg und diktieren so das Ende der Debatte: einige Landesinnenminister weigern sich, ihre Erkenntnisse an den Bundesinnenminister weiterzuleiten, bis auf Berlin hat kein einziges Bundesland (und der Bund selbst) seine V-Leute aus der NPD abgezogen. DIE LINKE. fordert in ihrem Antrag, diese Vorraussetzungen endlich zu erfüllen – damit überhaupt eine ergebnisoffene Debatte über ein Verbotsverfahren geführt werden kann.

DS 16/9007, 25.4.2008

den Kurses, die in der rechtsextremen Partei derzeit vorherrscht.

Rechtsextreme im Widerspruch zu einem Teil ihrer sozialen Basis

Unterdessen versuchen die Rechtsextremen, ihre Anhänger zu (re)mobilisieren, indem sie gegen den Streik der „illegalisierten“ Einwanderer und die zu erwartenden „Legalisierungen“ – in geringer Anzahl – durch die konservative Regierung hetzen und wettern.

Ein Teil des Publikums dürfte tatsächlich, aus rassistischen und/oder autoritären Regierungen, über das absehbare punktuelle Nachgeben der Regierung gegenüber „Illegalen“ – die in ihrer eigenen, sonstigen Diktion doch Quasi-Kriminelle darstellen – aufgebracht sein. Allerdings nur eine Minderheit, da derzeit laut Umfragen rund 70 Prozent die „Legalisierung“ der derzeit streikenden, in Frankreich arbeitenden und Steuer bezahlenden Einwanderer gutheißen.



Umjubelter Le Pen-Auftritt 1. Mai 2007

Die extreme Rechte, die seit dem relativ erfolgreichen Take-over Nicolas Sarkozys gegenüber ihrer Wählerschaft im vergangenen Jahr in eine ernsthafte Krise geschlittert ist (jedenfalls in ihrer parteipolitisch organisierten Form), versucht dadurch wieder in die Offensive zu kommen. Sie wettert sowohl gegen das Versprechen der Regierung, mittels einer „Einzelfallprüfung“ über die Aussichten auf „Legalisierung“ der streikenden Sans papiers zu entscheiden, als auch gegen die nämlichen schwarzen Schafe im Unternehmerlager.

Es fing damit an, dass Marine Le Pen – die „Cheftochter“ und Anwärterin auf die Nachfolge des alternden Jean-Marie Le Pen (er wird im Juni 80) an der Parteispitze – am Freitag, den 25. April eine Kundgebung vor dem Sitz des Hotel- und Gaststätten-Arbeitgeberverbands organisierte. Dadurch sollte dessen Chef, André Daguin, von Rechts her unter Druck gesetzt werden. An ihrer Kundgebung nahmen allerdings nur rund 50 Personen – junge Aktivisten und einige Regionalparlamentarier des FN – teil, zuzüglich rund 50 Journalisten und Kameraleuten. Die Wirkung zielte wahrscheinlich auch überwiegend auf das Medienecho ab.

Dort, vor dem Hotel-Arbeitgeberverband im noblen achten Pariser Bezirk, wetterte Marine Le Pen gegen die ‚patrons-voyous‘ („Ganoven in Unternehmergestalt“, ein Begriff, den der damalige Arbeits- und Sozialminister François Fillon 2003 prägte), die bislang „Illegale“ beschäftigt hätten und jetzt zur Belohnung ihres gesetzeswidrigen Verhaltens deren „Legalisierung“ beantragten. Dabei machte sie sich durchaus einige beinahe kapitalismus- oder globalisierungskritisch klingende Begriffe zu eigen, um allerdings die dahinter stehenden Konzepte im Hinblick auf die politischen Konsequenzen umzudrehen – die Fähigkeit dazu hat die extreme Rechte in den letzten 15 Jahren des Öfteren unter Beweis gestellt.

So sprach Marine Le Pen von der „inneren (= inländischen) Produktionsauslagerung“, ein Konzept, das von linken Autoren im Umgang mit der Thematik der Überausbeutung „illegalisierter“ Arbeitskräfte geprägt worden ist. Originalton: „Manche Arbeitgeber verlagern ihre Produktion in Billiglohnländer. Aber in Dienstleistungsbetrieben ist dies nicht immer möglich, ein Restaurant lässt sich nicht nach China verlagern. Der Rückgriff auf illegale Arbeitskräfte erlaubt es dabei aber, im eigenen Land unter Bedingungen wie in der Dritten Welt arbeiten zu lassen.“ Dieses Konzept ist ursprünglich kritisch angelegt gewesen, und die betroffenen Arbeitskräfte erscheinen dabei als Opfer, die aus ihrer „illegalen“ Situation herausgeholt werden müssen.

Bei Marine Le Pen allerdings lautet die Schlussfolgerung anders herum, und ist genau entgegen gesetzt: „Wer sich in der Illegalität aufhält, ist dazu berufen, in sein Herkunftsland zurückgeführt zu werden!“ Einige junge Aktivisten schwenkten dazu Schilder mit Aufschriften wie „CGT, Patronat (= Arbeitgeberlager), Komplizen bei der Sklaverei!“

Nur wenige Anhänger beim 1. Mai

Am 1. Mai wiederum hielt Jean-Marie Le Pen seine alljährliche Rede „zum Andenken an Jeanne d’Arc“ (die „Nationalheilige“ aus dem 15. Jahrhundert, die im Hundertjährigen Krieg gegen die Engländer kämpfte), dieses Mal vor nur rund 1.500 Anhängern gegenüber früher rund 4.000 – Spiegelbild einer in einer tiefen Krise steckenden Partei.

Auf der Pariser Place des Pyramides widmete Jean-Marie Le Pen dabei auch mehrere Minuten seiner rund einstündigen Rede dem Streik der Sans papiers. Und wetterte nicht allein gegen die CGT, sondern auch gegen jenen Teil des Arbeitgeberlagers, der antinationalen Interessen gehorche.

Dabei versuchte Le Pen, den altbekannten Unterschied zwischen dem raffenden und dem schaffenden Kapital aufzumachen. Er bezeichnete jene Vertreter des französischen Kapitals, die nunmehr ihre Sans papiers „legalisieren“ lassen möchte, als von „Gier und Spekulation“ (le lucre et la spéculation) getrieben, und sah hinter ihnen das „Finanzkapital“ (les financiers) stehen.

Geltende Gesetze hindern ihn freilich daran, wie manche seiner Vorgänger von der ‚jüdischen Hochfinanz‘ zu sprechen. Der alternde rechtsextreme Politiker versuchte, das organisierte Arbeitgeberlager in Gegensatz zu dem guten, gesunden, bodenständigen „Unternehmergeist“ zu bringen, und fügte hinzu: „Das Patronat unterstützt die Unternehmer so, wie der Strick den Gehängten/Gehenkten unterstützt!“

Allerdings geht seine Unterscheidung zwischen dem „globalisierten und finanzarisierten“ Kapital einerseits, das aus Gründen seiner antinationalen Haltung nichts gegen eine„Legalisierung“ der Sans papiers einzuwenden habe, und dem bodenständigen (Klein-)Unternehmer andererseits in der Sache gründlich fehl. Denn jene Betriebe, die derzeit unter dem Druck des Streiks der Sans papiers stehen, sind keine globalisierten Großkonzerne mit hohem Anteil des Finanzkapitals am Aktionärspakt, sondern überwiegend paternalistische Familienbetriebe, „bodenständige“ Restaurants und auf den heimischen Markt angewiesene mittelständische Baufirmen. Also ein Teil der „natürlichen“ gesellschaftlichen Basis sowohl der Konservativen, als auch der extremen Rechten…

Bernhard Schmid, Paris ■

„Viele Gegner der Rechtsextremisten machen es sich zu leicht“

Unter strengen Sicherheitsvorkehrungen referierte NPD-Aussteiger Mathias Adrian in Cuxhaven *von Thomas Klaus*

Cuxhaven. Unter dem Schutz der Polizei und eines privaten Sicherheitsdienstes stand eine Veranstaltung im Haus der Jugend in Cuxhaven unter dem Titel „Endstation Rechts“. Zu diesem Thema referierte der NPD-Aussteiger Mathias Adrian, der heute für die Organisation „Exit“ ausstiegswillige Ultrarechte betreut. Ursprünglich hatten die Jungsozialisten in der SPD im Landkreis Cuxhaven zu dem Adrian-Vortrag eingeladen. Doch nach telefonischen Drohungen avancierte die Juso-Veranstaltung kurzerhand zu einer offiziellen Veranstaltung der Stadt Cuxhaven und ihres Präventionsrates.

Solche Aufregung ist Mathias Adrian (Jahrgang 1976) bei seinen zahlreichen öffentlichen Auftritten gewähnt. Schließlich gibt es nur wenige Aussteiger, die so offensiv die Öffentlichkeit suchen und damit das rechtsextremistische Lager massiv provozieren. Bis zum Jahr 2000 hatte Adrian selbst zu diesem Lager gehört. Ab 1997 war er Angehöriger der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), der Jugendorganisation der NPD. Schnell stieg er innerhalb der JN auf, wurde Mitglied ihres Landesvorstandes in Hessen. Adrian verantwortete den Ordnerdienst und später die parteiinterne Sicherheit, fungierte als Landesorganisationsleiter für Südwest-Hessen, organisierte Demonstrationen und gestaltete die JN-Propaganda mit.

NPD-Verbot ist längst überfällig

Im Zuge eines langsamen Abnabelungsprozesses erkannte Mathias Adrian: „Die Rechtsextremisten der NPD haben keine realisierbaren Konzepte.“ Vielmehr würden sie lediglich Probleme benennen und diese „völkisch aufladen“. An genau dieser Stelle könne man die Rechtsextremisten packen und den einen oder anderen Parteigänger nachhaltig erschüttern – indem nämlich der Boden der NPD-Weltanschauung aufgezeigt werde, und der schwanke in wissenschaftlicher und konzeptioneller Hinsicht ganz erheblich. In diesem Zusammenhang sei der deutliche Widerspruch zwischen Schein und Sein bei den Führungskadern ein besonders spannendes Thema. Als einen von zahlreichen Belegen führte Mathias Adrian an, dass zu seinen JN-Zeiten die bundesweiten Nachwuchs-Schulungen regelmäßig in Frankfurt/Oder abgehalten worden seien, was für die meisten Teilnehmer stets jeweils mehrere hundert Kilometer Fahrtstrecke bedeutet hätte. Erst später sei herausgekommen, dass es sich bei diesem Tagungsort um einen persönlichen Wunsch des damaligen JN-Bundesvorsitzenden Sascha Roßmüller gehandelt habe. Der habe sich nämlich im benachbarten Polen mit Begeisterung in Bordellen vergnügt.

Zur aktuellen NPD-Verbots-Debatte hat Mathias Adrian eine klare Position. Die NPD sei der „politische Arm der neo-nationalsozialistischen Bewegung“ in der Bundesrepublik und ihr Verbot längst überfällig. Der NPD-Aussteiger hält es für ein wirksames Mittel, weil die Rechtsextremisten ihre Strukturen und die Öffentlichkeit zum politischen Überleben bräuchten („In Wirklichkeit kann die NPD im Untergrund gar nicht existieren“).

Ein Verbot allein genüge im Kampf gegen die NPD und ihre Gesinnungsfreunde jedoch nicht. Wichtig sei es auch, dass endlich mit bestimmten Klischees aufgeräumt werde, zum Beispiel mit der Behauptung, dass Rechtsextremisten bevorzugt so genannten bildungsfernen Schichten entspringen würden und leicht an ihrem Äußeren erkennbar seien. Beides träfe nicht zu. „Heutzutage brauchen die Neonazis keine Bomberjacken mehr“, stellte Adrian fest. Sie verfolgten ein anderes Image, wollten als „netter Nazi von nebenan“ Punkte sammeln. Das Engagement gegen die Rechtsextremisten dürfe nicht allein den Linksaußen überlassen bleiben, sondern sei eine Aufgabe für alle demokratischen Volksparteien. So lautete eine andere Empfehlung des SPD-Mitglieds Adrians in Sachen „Anti-Rechts-Strategie“. Allerdings dürfe man es sich in der Auseinandersetzung mit den Ultrarechten nicht zu leicht machen, mahnte der Referent. Adrian kann z.B. nicht viel damit anfangen, wenn auf jede Demonstrations-Ankündigung der „Nationaldemokraten“ mit einer Gegendemonstration reagiert wird. Schließlich werde genau diese Aufmerksamkeit von den Rechtsextremisten angestrebt: „Auf puren Aktionismus ausgerichtete Antifa-Gruppen spielen der NPD in die Hände.“ Natürlich dürften Nazi-Aufmärsche nicht unbeantwortet bleiben, aber die Reaktionen darauf müssten viel phantasievoller und vielschichtiger ausfallen.

Thomas Klaus ■

Informationsveranstaltung gegen Rechtsextremismus abgesagt

Bereits zweiter Vortrag über „Autonome Nationalisten“ von Polizei verhindert

Am 8.5.2008 sollte im Pulheimer „Geschwister-Scholl-Gymnasium“ ein Informationsabend über die gewalttätigen, rechtextremistischen „Autonomen Nationalisten“ stattfinden. Veranstalter des Vortrages ist das „Netzwerk buntes Pulheim“, der Referent wäre vom Jugendclub Courage Köln e.V. gestellt worden. Der von der Schulleitung zunächst genehmigte und unterstützte Vortrag wurde nach Intervention der Polizei am 2.5.08 abgesagt. Offensichtlich wurde von der Polizei ein Horrorszenario heraufbeschworen, nachdem Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und Rechtsextremisten quasi unvermeidbar wären. Dies ist bereits der zweite Vortrag, der durch die „Beratung“ der Polizei verhindert wird. Am 28.03.08 sollte der Vortrag über die „Autonomen Nationalisten“ im Jugendzentrum Brühl stattfinden. Veranstalter war eine ortsansässige Konzertgruppe, die dort seit Jahren ohne Probleme oder Zwischenfälle Konzerte organisiert. Diese Veranstaltung wurde vom Bürgermeister der Stadt Brühl, Michael Kreuzberg, verboten. Auf den Träger eines Ersatzraumes wurde von Seiten der Stadt Brühl derart Druck ausgeübt, dass auch die Veranstaltung in alternativen Räumlichkeiten abgesagt wurde. Die Veranstaltung sei für die Rechtsextremisten eine Provokation, und somit die Veranstalter des Informationsabends verantwortlich für mögliche Auseinandersetzungen. Auch hier stand die Polizei „beratend“ zur Seite.

Hierzu erklärt der Jugendclub Courage Köln e.V.: „Es ist unglaublich, dass Informationsveranstaltungen gegen Rechtsextremismus derart von der Polizei behindert werden. Hier wird Engagement und Zivilcourage gegen Rechts nicht gefördert, sondern verhindert. Anstatt es sich zur Aufgabe zu machen, Informationsabende gegen Rechtsextremismus zu schützen, werden die Veranstalter dieser Vorträge von der Polizei für vermutete Auseinandersetzungen verantwortlich gemacht. Unterschwellig wird sogar unterstellt, dass diese Auseinandersetzungen provoziert werden sollen.

Das heißt im Klartext: Die Veranstalter werden dafür verantwortlich gemacht, dass ihre Veranstaltung eventuell von Rechtsextremisten angegriffen wird. Die Rechtsextremisten werden darüber jubeln. Mit dieser Begründung kann in Zukunft jede Veranstaltung gegen Rechts abgesagt werden. Gerade die Vorgänge am 1.Mai in Hamburg haben aber gezeigt, wie dringend notwendig Aufklärung über die extrem gewalttätigen „Autonomen Nationalisten“ ist, die gerade in Pulheim äußerst aktiv sind.“

Gerüchte besagen, dass die „Autonomen Nationalisten Pulheim“ für den 08. Mai eine Mahnwache gegen die Veranstaltung angemeldet haben. Sollte diese Mahnwache genehmigt werden, böte sich für den Jahrestag der Befreiung vom Faschismus ein trauriges Bild: Rechtsextremisten dürfen öffentlich demonstrieren, während eine Informationsveranstaltung über Rechtsextremismus nicht stattfinden kann.

Presseerklärung des Jugendclub Courage Köln e.V. Köln, 03.05.2008, Kontakt: jc-courage@netcologne.de – Netzwerk buntes Pulheim: schau-nicht-weg@gmx.net

Bundesregierung soll handeln: DGB zur Übergangsregelung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU

BERLIN. In einem Beschluss des Bundesvorstands vom März 2008 fordert der DGB die Bundesregierung auf, geeignete Maßnahmen zur Begleitung der Übergangsregelungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Dienstleistungsfreiheit zu ergreifen.

Ende 2009 steht die Entscheidung darüber an, ob die Übergangsregelung für die Arbeitnehmerfreizügigkeit von Arbeitnehmern aus den 2004 der EU beigetretenen mittel- und osteuropäischen Staaten bis 2011 verlängert wird.

Der DGB fordert unter anderem die Schaffung einer soliden Informations- und Datenbasis für die Entscheidung, die Sicherstellung und Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte, etwa durch die Aufnahme aller Branchen in das Entsendegesetz und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Gleichzeitig sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den neuen EU-Staaten auch in deren Sprachen über die in Deutschland bestehenden Sozialversicherungs- und Steuervorschriften informiert werden. Die einheimische Bevölkerung soll über die Wirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit informiert werden, um Vorbehalte und Ängste abzubauen.

„Sollten diese notwendigen Maßnahmen", so der DGB-Bundesvorstand in seinem Beschluss, „nicht rechtzeitig eingeleitet und umgesetzt werden, erwarten wir, dass die Bundesregierung bei der EU die Fortgeltung der Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit bis 2011 beantragt."

Quelle: Publikation „Forum Migration Mai 2008" 1.5.2008 ■

Niedersächsischen Härtefallkommissionsverordnung soll geändert werden

HANNOVER. Die Landesregierung hat auf Vorschlag von Innenminister Uwe Schünemann Änderungen der Verordnung über die niedersächsische Härtefallkommission zur Verbandsanhörung freigegeben. Die Landesregierung hatte am 21. Juli 2006 die Verordnung über die Härtefallkommission beschlossen. Im September 2006 fand die konstituierende Sitzung des Gremiums statt. Jetzt sollen sowohl der Zugang zur Härtefallkommission als auch die Voraussetzungen für den Beschluss eines Härtefallersuchens durch die Kommission erleichtert werden. Bislang wurden Familien im Härtefallverfahren einheitlich behandelt. Künftig sollen auch einzelne Familienmitglieder ausnahmsweise Zugang zur Härtefallkommission erhalten. Eine unterschiedliche aufenthaltsrechtliche Behandlung von Ehepartnern, Lebenspartnern oder Eltern und minderjährigen Kindern kann jedoch nur in Betracht kommen, wenn Gründe vorliegen, die eine Ausnahme vom Regelfall rechtfertigen. Der Zugang zur Härtefallkommission wird auch für den Fall ermöglicht, dass sich die Rechtslage nachträglich zugunsten der Ausländerin oder des Ausländers geändert hat.

Darüber hinaus ist geplant, dass für ein Härtefallersuchen künftig nur noch eine 2/3 Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder nötig ist. Bislang waren unabhängig von der Zahl der anwesenden Mitglieder sechs Stimmen der neun Mitglieder erforderlich. Eine Beschlussfassung über Härtefallersuchen soll jedoch nur möglich sein, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder der Härtefallkommission anwesend ist.

Quelle: Pressemitteilung Nds. Innenministerium ■

Flüchtlingspolitische Verbände kritisieren auch den Änderungsentwurf

Die Flüchtlings/selbst/organisationen in Niedersachsen begrüßen zwar die Absicht der Landesregierung, die Härtefallverordnung zu überarbeiten. Von dem vorgelegten Änderungsentwurf der Landesregierung sind sie jedoch enttäuscht. In ihrer Stellungnahme heißt es:

● Statt einer 3/4-Mehrheit aller acht Mitglieder soll zukünftig eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder für ein positives Ersuchen ausreichend sein. Die Härtefallkommission soll beschlussfähig sein, wenn mindestens fünf Mitglieder anwesend sind. Bei Anwesenheit aller acht stimmberechtigten Mitglieder ändert sich somit gar nichts: Weiterhin werden sechs Stimmen (faktisch eine 3/4 Mehrheit) für ein positives Härtefallersuchen benötigt. Bei Anwesenheit von fünf Stimmberechtigten werden sogar vier Stimmen benötigt, was einer 4/5 Mehrheit entspricht. Unserer Forderung nach Einführung einer einfachen Mehrheit, wie sie bei demokratischen Entscheidungen allgemein üblich ist, wird nicht entsprochen. Das Vetorecht des Innenministers bleibt überdies unangetastet.

● Der Entwurf verzichtet auf die von uns geforderte Berufung eines neunten Mitglieds aus dem Bereich der Flüchtlings/selbst/organisationen. Diese sind in Niedersachsen im Unterschied zur Situation in fast allen anderen Bundesländern mit Sibylle Naß vom kargah e.V. lediglich in eine stellvertretende Position berufen.

● Rigorose Nichtzulassungsgründe verhindern, dass sich die Härtefallkommission überhaupt mit bestimmten Einzelfällen beschäftigt. Beispielsweise ist bei einem Verstoß gegen gesetzliche Einreise- und Aufenthaltsverbote (z.B. bei vorangegangener Ausweisung) eine Beschäftigung der Härtefallkommission mit dem Einzelfall nicht zulässig. Ein Härtefallersuchen wird auch nicht angenommen, wenn die Ausländerbehörde einen Abschiebungstermin festgelegt hat. Lediglich der an Sippenhaft erinnernde Ausschluss aller Familienmitglieder bei Vorliegen eines Nichtannahmegrundes für ein Familienmitglied wird von einem zwingenden Nichtannahmegrund in einen Regelausschlussgrund umgewandelt.

Jenseits der Prüfung der niedersächsischen Zuständigkeit für das Härtefallverfahren sollten alle weiteren Nichtannahmegründe gestrichen werden.

● Auch an den Regelausschlussgründen wird unverändert festgehalten. Zu den Regel-Ausschlussgründen gehört beispielsweise der Bezug öffentlicher Leistungen. Kranke, behinderte, arbeitsunfähige, alte und allein erziehende Flüchtlinge haben damit weiterhin nur geringe Chancen, als Härtefälle anerkannt zu werden. Auch wer nach jahrelangem Aufenthalt in Deutschland die eigene Abschiebung nicht aktiv betrieben und sich beispielsweise nicht rechtzeitig um die Beschaffung von Passpapieren bemüht hat, wird in der Regel weiter ausgeschlossen.

Folgende Nachbesserungen sind aus unserer Sicht dringend erforderlich:

● Berufung der Flüchtlings/selbst/organisationen in eine neunte ordentliche Mitgliedschaft

● Beschluss von Härtefallempfehlungen mit einfacher Mehrheit

● Streichung der Nichtannahme- und Regelausschlussgründe

Quelle: Presseerklärung kargah e.V., Arbeitsgemeinschaft MigrantInnen und Flüchtlinge in Niedersachsen e.V., Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. ■

Niedersachsen: Zahlen zum Bleiberecht weiterhin enttäuschend

Die von der Bundesregierung auf Anfrage der FraktionDIE LINKE vorgelegten Zahlen zur Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge (BT-Drs. 16/8803) verdeutlichen, dass die Umsetzung der Bleiberechtsregelung nach wie vor äußerst unbefriedigend ist. Die von Innenminister Schünemann vor Jahresfrist ins Spiel gebrachte Zahl von 7.000 bleibeberechtigten Flüchtlingen ist weit von den Realitäten entfernt:

● Am 31.03.2008 lebten in Niedersachsen 17.272 Flüchtlinge mit einer Duldung, davon 9796 seit sechs, 6502 Flüchtlinge seit acht Jahren.

● Nur 327 ehemals geduldete Flüchtlinge lebten am 31.12.2008 in Niedersachsen mit einer im Rahmen der gesetzlichen Bleiberechtsregelung erteilten, an das Fortbestehen des Arbeitsverhältnisses gebundenen Aufenthaltserlaubnis. Darüber hinaus waren zum gleichen Stichtag 1.717 Flüchtlinge in Niedersachsen mit einer Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“ gemeldet. Die Verlängerung dieser Aufenthaltserlaubnis über den 31.12.2009 hinaus ist gebunden an den Nachweis eines dauerhaften eigenständigen Einkommens. Schließlich erhielten 110 Kinder aufgrund einer guten Integrationsprognose ein vorübergehendes Bleiberecht.

Insgesamt lebten am 31.3.2008 damit 2.154 Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis nach der gesetzlichen Bleiberechtsregelung in Niedersachsen (bundesweit: 15.239 Personen).

● Für 519 Personen stellten niedersächsische Behörden bereits bei der Umsetzung der IMK-Bleiberechtsregelung Ausschlussgründe fest. Für die gesetzliche Bleiberechtsregelung liegen hierzu noch keine Zahlen vor. Nach den bisherigen Erfahrungen des Flüchtlingsrats wird auch diese in Niedersachsen kleinkariert und restriktiv umgesetzt.

Nach wie vor leben rund 56 % aller Geduldeten in Niedersachsen bereits länger als sechs Jahre im Bundesgebiet, rund 38 % länger als acht Jahre. Fast 18 Monate nach Inkrafttreten der ersten Bleiberechtsregelung drängt sich der Eindruck auf, dass die gefassten Beschlüsse “ anders als öffentlich verlautbart “ wohl keine Lösung des Problems der Kettenduldungen bewirken werden. Bürokratische Verfahren, überzogene Anforderungen und kleinliche Ausschlussgründe sorgen dafür, dass die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge bislang nicht die erhoffte Aufenthaltserlaubnis erhalten hat und wohl auch nicht erhalten wird, wenn nicht noch administrativ nachgebessert wird. Hier bleibt zu hoffen, dass die verstärkte Einflussnahme vor allem auch der Sozialpolitiker/innen eine spürbare Verbesserung bringen wird.

Viele Geduldete scheitern bereits daran, dass sie keinen Pass vorlegen können. Ohne einen Pass wird der Antrag auf ein Bleiberecht jedoch von den Ausländerbehörden gar nicht bearbeitet, selbst wenn alle übrigen Integrationsvoraussetzungen erfüllt sind.

Trotz eines Arbeitsnachweises werden Flüchtlinge mit der Begründung abgelehnt, eine spätere “auskömmliche Rente“ sei nicht sichergestellt. Ein ergänzender Bezug öffentlicher Leistungen wird auch bei Härtefällen (z.B. Alleinerziehenden) weitgehend ausgeschlossen, und selbst geringfügige Vergehen unterhalb der vom Gesetzgeber festgelegten Grenze von 50 bzw. 90 Tagessätzen können eine Ablehnung begründen.

Neben der Forderung einer nahezu vollständigen Sicherstellung des Lebensunterhalts sorgt vor allem die hartherzige Sanktionierung einer mangelnden Mitwirkung bei der eigenen Abschiebung in der Vergangenheit für einen Ausschluss vieler potenziell von der Bleiberechtsregelung Begünstigter. Niedersachsen grenzt sich damit auch vom Bundesinnenministerium ab, das nicht nur einen erheblich größeren Spielraum für die Gewährung ergänzender öffentlicher Leistungen einräumt, sondern in seinen Anwendungshinweisen zur Beurteilung von Ausschlussgründen ausdrücklich auch einen „großzügigen Maßstab“ angelegt wissen will.

Quelle: Presseerklärung Nds. Flüchtlingsrat ■

Repression gegen Solidaritätsdelegation beim Lager in Katzhütte

THÜRINGEN. Im Rahmen des Aktionswochenendes zur Schließung von Isolationslagern in Katzhütte und Jena/Thüringen fand am 26. April ein Solidaritätsbesuch bei den BewohnerInnen des Flüchtlingslagers in Katzhütte statt. Diese kämpfen seit Wochen gemeinsam gegen ihre miserablen Lebensbedingungen und für die Schließung des Lagers (siehe www.thecaravan.org; www.thevoiceforum.org).

Der Lager-Sicherheitsdienst wollte die Solidaritätsdelegation nicht aufs Gelände lassen und rief die Polizei. Diese kontrollierte die Personalien der BesucherInnen und nahm Anzeigen wegen „Hausfriedensbruch“ auf. Von einem Filmteam, das die Aktionen begleitete, wurden die Aufnahmen beschlagnahmt.

Durch Repression versuchen die verantwortlichen Behörden, die Flüchtlinge in Katzhütte und solidarische UnterstützerInnen einzuschüchtern. Lassen wir uns nicht mundtot machen! Der Kampf geht weiter! Keine Strafanzeigen für Flüchtlinge und UnterstützerInnen in Katzhütte! Isolationslager in Katzhütte und anderswo schließen!

Solidarischer Beobachter aus München
Quelle: caravane-info mailing list - flucht mailing list nds-fluerat ■

Antirassistische Aktion bei der AWO Berlin

BERLIN. Am Samstag, den 26. April besuchten eine Handvoll AktivistInnen die AWO Berlin Mitte, die im Wedding eine Werbeveranstaltung machte, um neue Mitglieder zu gewinnen. Ziel der Aktion war es, auf die Lagerpolitik der AWO Mitte hinzuweisen. Die AWO betreibt zwei Flüchtlingsunterkünfte in Berlin. Eine befindet sich in Treptow-Köpenick und seit 1989 eine in der Motardstraße in Spandau. In der Regel werden Flüchtlinge, die in die Bundesrepublik kommen und einen Asylantrag stellen, für die ersten drei Monate in solchen Unterkünften untergebracht. Zu diesem Zweck wurde das Lager in der Motardstraße ursprünglich eingerichtet. Aufgrund der zurückgehenden Flüchtlingszahlen sind viele der Mehrbettzimmer leer. Dank des Ideenreichtums der Betreiberin kam es, dass mittlerweile auch Flüchtlinge, die sich bereits in einer eigenen Wohnung eingerichtet hatten, von den Bezirksämtern in die Motardstraße eingewiesen werden.



In der Motardstraße leben Kinder, Jugendliche und Erwachsene, isoliert von der Mehrheitsgesellschaft, im Industriegebiet Spandau. Die Unterkunft besteht aus 5 Containerbaracken mit jeweils 125 Plätzen. Hier werden Haustiere in Form von Kakerlaken gratis mitgestellt. Dazu kommen defekte Toiletten, die teilweise nicht abschließbar sind. Für das leibliche „Wohl“ sorgt die Firma Dussmann durch die Lieferung ungesunden Fertigessens. Die neue Bleibe gestaltet sich in Form von Mehrbettzimmern, die sich Flüchtlinge mit ihnen unbekannten und andere Sprachen sprechenden Menschen teilen müssen, was zu Spannungen unter den BewohnerInnen oder zu Depressionen führt.

Während die AWO das Geld der belegenden Sozialämter erhält, bleiben den BewohnerInnen der Motardstraße 20 Euro Bargeld im Monat. Dass dieses Geld weder für die Inanspruchnahme rechtlicher Hilfe, noch für Fahrkarten, geschweige denn für kulturelle Ausflüge reicht, ist ja nicht das Problem der AWO. Deshalb verweisen MitarbeiterInnen der AWO engagierte Menschen, die Kritik an den beschriebenen Lebensbedingungen üben, vom Gelände.

Die AWO beteiligt sich an einem System, dass den MigrantInnen ihre Unerwünschtheit vor Augen führen soll. Zuerst kommt der Profit, dann kommt der Mensch. Dagegen richtete sich der Protest.

http://www.chipkartenini.squat.net/ ■

Foto: http://de.indymedia.org/2008/04/214732.shtml

Strafprozess gegen Flüchtlinge wegen umgefallenen Zauns

BRAMSCHE. Der Zaun um das Abschiebelager Bramsche-Hesepe herum ist schon öfter mal umgefallen, bisher leider immer nur symbolisch, oder auch mal ganz pragmatisch, um frei aus dem Lager ein- und ausgehen zu können, ohne die Kontrolle der Security an der Pforte und ohne den Umweg über diese Pforte.

Auch Ende November 2006 verschwand ein Teil des Zauns, der das Abschiebelager umgibt. Wer auch immer dafür verantwortlich zu machen ist, es geschah aus Wut über dieses Symbol der Ausgrenzung, welches auch für die gesamte menschenunwürdige Unterbringung steht.

Zur Vorgeschichte: Am Dienstag, den 21. November traten die BewohnerInnen des Lagers Hesepe einen unbefristeten Boykott des Kantinenessens an, nachdem sie am Mittwoch, den 8. November einen eintägigen Warnboykott durchgeführt hatten. Sie forderten einen humanen Umgang und eine Verbesserung der Lebensbedingungen. Bis heute wurde von Seiten der Verantwortlichen nicht auf die Forderungen reagiert.

Die Proteste der Flüchtlinge wurden von mehreren Demonstrationen in Bramsche und Osnabrück begleitet. Unter anderem fand am 29. November eine Demonstration in Bramsche statt und am Donnerstag, den 30. November wurde zur Zeit des Dienstschlusses für das Personal für eine Stunde das Tor des Lagers in Bramsche blockiert, so dass ca. 50 Angestellte das Gelände vorübergehend nicht verlassen konnten. In der Nacht zuvor fiel ein Teil des Zaunes, der das Lager umgibt, um, eindeutig eine symbolhafte Aktion, die die Ausgrenzung der Flüchtlinge wenigstens bildhaft aufheben sollte. Zu diesem Zeitpunkt war der Zaun sowieso nur ein einziges geflicktes Loch. Dennoch wurde Anzeige erstattet gegenüber Bewohnern des Lagers. Und dieser Anzeige folgt nun tatsächlich ein Strafprozess vor dem Amtsgericht Bersenbrück. Der Gegenstand des Verfahrens und das Verfahren überhaupt, ist ein Politikum. Deshalb fordern wir dazu auf, den Prozess zu besuchen und Solidarität mit den angeklagten Flüchtlingen zu zeigen. *Quelle: flucht mailing list flucht@nds-fluerat.org* ■

Innenminister bleiben hart – kein Schutz für Tamilen

BERLIN. Obwohl in Sri Lanka die schwersten Gefechte zwischen Armee und Tamilen-Rebellen seit langem toben und die Zahl der zivilen Opfer immer weiter steigt, wird Deutschland Flüchtlingen aus dem südasiatischen Inselstaat weiterhin keinen Schutz gewähren. Wie auf der gestrigen Sitzung des Innenausschusses bekannt wurde, bleibt die Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern bei ihrer Haltung, keinen Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Sir Lanka zu beschließen. Dazu erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke:

Mit ihrer harten Haltung verhindern die Innenminister auch, dass geduldete Staatsangehörige aus Sri Lanka eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Sie behaupten, ein Abschiebestopp führe zu erhöhten Zahlen bei der Einreise von srilankischen Flüchtlingen. Generell kann das kein Argument gegen einen Abschiebestopp sein. Davon abgesehen, trifft es hier aber auch nicht zu. Nach der Verhängung eines Abschiebestopps in den Niederlanden vor einem Jahr ist die Zahl der Asylanträge von srilankischen Staatsangehörigen dort gleich geblieben. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Schriftliche Frage von mir hervor.

Ich fordere die Innenminister auf, ihren humanitären Verpflichtungen nachzukommen und einen Abschiebestopp sowie großzügige Bleiberechtsregelungen für Flüchtlinge aus Sri Lanka zu erlassen! Dem Bundestag liegt ein entsprechender Antrag der Fraktion DIE LINKE. vor, der diese Forderung stützt (Bt-Drs 16/4203).

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE ■

Keine Abschiebungen in den Irak

Die Lage im Irak ist seit Jahren durch anhaltende und alltägliche Gewalt, schwerste Menschenrechtsverletzungen sowie wirtschaftliche, rechtliche und politische Instabilität gekennzeichnet. Opfer der Gewalttaten werden vor allem Zivilisten, für deren Sicherheit der Staat in keinem Landesteil garantieren kann. Verantwortliche für Gewalttaten gehen straffrei aus, zumal Polizeieinheiten selbst oft von gewalttätigen Milizen unterwandert sind. Seit 2003 ist keine durchgreifende Verbesserung der Sicherheitslage erreicht worden. Vor diesem Hintergrund sind seit Kriegsende über vier Millionen Menschen aller Bevölkerungsgruppen und sämtlicher Konfessionen aus dem Irak und innerhalb des Irak geflohen. Der UNHCR rechnet mit 2,2 Millionen Binnenvertriebenen innerhalb des Irak. Die Kapazitäten zur Aufnahme der Binnenflüchtlinge sind daher längst überschritten. Fast zwei Millionen Flüchtlinge halten sich alleine in Syrien und Jordanien auf. Nur ein geringer Teil der Irak-Flüchtlinge ist nach Europa geflohen. In Deutschland halten sich insgesamt rund 73.000 Irakerinnen und Iraker auf, viele von ihnen sind jedoch bereits vor dem Krieg geflohen. In dieser Situation sollte eine großzügige Aufnahmebereitschaft gegenüber irakischen Flüchtlingen eine Selbstverständlichkeit seien. Doch das Gegenteil ist der Fall. Seit 2003 wurden mehr als 22.000 Widerrufsverfahren gegen Irakerinnen und Iraker eingeleitet. In ca. 20.000 Fällen wurde der Flüchtlingsstatus widerrufen. Dieses Vorgehen ist einzigartig in Europa. Soweit die Betroffenen kein anderweitiges Aufenthaltsrecht erhalten haben, leben sie seither meist mit dem unsicheren Status der Duldung und allen daraus resultierenden Konsequenzen, wie dem Verlust der Arbeit, bzw. der Arbeitserlaubnis und damit verbunden oft auch dem Verlust der Wohnung. Viele Betroffene müssen in eine der Asylunterkünfte zurückkehren und ihnen wird formal die Abschiebung angedroht. Über 8.000 IrakerInnen wurde bereits die Abschiebung angedroht, sie leben auf Abruf in Deutschland.

Zwar gibt es zurzeit keine massenhaften Abschiebungen, 2007 starteten jedoch bereits die ersten Abschiebungen in den Nordirak. Grundlage hierfür ist ein Beschluss der Innenministerkonferenz vom 17.11.2006, in dem die Rückführung von irakischen Straftätern beschlossen wurde. Abgeschoben werden sollen jedoch nicht nur Schwerkriminelle, wie teilweise behauptet wird: Schon bei geringen Geldstrafen von 50 Tagessätzen sind Abschiebungen möglich. Auch bei Straftätern sind die deutschen Behörden dazu verpflichtet, den Hinweis des UNHCR zu beachten, niemanden gegen seinen Willen und ohne eine aufnahmebereite und -fähige Familie in den Irak abzuschieben. Es ist zu befürchten, dass die Abschiebung von Straftätern nur den demonstrativen Einstieg darstellen und die Öffentlichkeit darauf vorbereiten soll, dass Irak-Abschiebungen künftig auch auf andere Personen ausgeweitet werden. Deshalb fordern die Unterzeichnenden:

- Einen sofortigen Abschiebungsstopp für Irakerinnen und Iraker.
- Die Rücknahme des IMK-Beschlusses zur Abschiebung von Irakern vom 17.11.2006
- Irakische Flüchtlinge müssen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.
- Bei Asylwiderrufen muss zumindest subsidiärer Schutz gewährleistet werden.
- Angesichts der humanitären Katastrophe in den Flüchtlingslagern der Nachbarländer des Iraks darf Europa seine Grenzen nicht verschließen. Wir fordern Hilfe für die Flüchtlinge und die Aufnahmeländer Syrien und Jordanien sowie die Aufnahme irakischer Flüchtlinge auch in Deutschland.

Erstunterzeichner: Pro Asyl, Bayerischer Flüchtlingsrat, Jugendliche Ohne Grenzen – Bayern, amnesty international münchen / AK Asyl, BI Asyl Regensburg, Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen – München, Mün-

Frankreich:

Streik der Travailleurs sans papiers oder „illegalisierten“ Einwanderer

Am diesjährigen 1. Mai demonstrierten in ganz Frankreich rund 200.000 Menschen, darunter gut 30.000 in der Hauptstadt Paris. In Paris war der Demozug stark von der Präsenz der ‚Salariés sans papiers‘ oder „illegalisierten“ und lohnabhängig arbeitenden Einwanderer geprägt. Letztere stellten die mit Abstand dynamischsten Abteilungen der Demonstrationen und bildeten teils eigene Demoblöcke, teils „gemischte“ Blöcke von der CGT angehörenden Beschäftigten (ohne Aufenthaltsprobleme) und ‚Salariés sans papiers‘.

Dass die „illegalisierten“ Einwanderer in Paris und anderswo – teils in größerer Zahl – an gewerkschaftlichen und/oder linken Demonstrationen teilnehmen und dort das gesellschaftliche Problem der Einwanderungspolitik aufwerfen, ist seit Jahren durchaus nichts Ungewöhnliches. Außergewöhnlich war aber ihre Anzahl und ihre massive Präsenz am gestrigen 1. Mai. Da ferner der allergrößte Teil der ‚Travailleurs sans papiers‘ – aufgrund der Rolle dieses Gewerkschaftsverbands im aktuellen Streik „illegalisierter“ und lohnabhängig arbeitender Einwanderer – Buttons der CGT trägt, ist klar, dass die CGT enorm von dieser Frischluftzufuhr profitiert. Zumal sie nunmehr zugleich das Überalterungsproblem, das sich nicht bei allen, aber bei manchen ihrer Auftritte zu stellen schien, gelöst hat...

Dies Alles ist, selbstverständlich, eine Konsequenz aus dem aktuell noch anhaltenden Ausstand von ‚Travailleurs sans papiers‘ in rund 30 Betrieben (Restaurants, Baufirmen, Reinigungsunternehmen) in der französischen Hauptstadt und im Pariser Umland. Er hat in den letzten beiden Wochen ziemlich stark das aktuelle innenpolitische Geschehen mitgeprägt. Während zugleich auch andere Kämpfe der („illegalisierten“ oder in Frankreich „unerwünschten“) Einwanderer stattfinden, namentlich ein Hungerstreik von 100 Insassen der Abschiebehaftanstalt in Vincennes südöstlich von Paris – wohin am Sonntag Nachmittag auch eine Demonstration führte –, hat der Streik der „arbeitenden Sans papiers“ wesentlich entscheidendere Auswirkungen auf die Entwicklung des innenpolitischen Klimas. Obwohl er im Augenblick „nur“ 600 aktiv Streikende umfasst.

Alle an der Debatte Beteiligten wissen, dass durch den Streik im Moment nur sozusagen die Spitze des Eisbergs sichtbar geworden ist: Ganze Wirtschaftsbranchen leben von der Ausbeutung und z.T. Überausbeutung „illegalisierter“ Arbeitskräfte, insbesondere das Hotel- und Gaststättengewerbe, die Bauindustrie (vor allem ihre kleineren Unternehmen, aber nicht ausschließlich) und das Reinigungsgewerbe.

Der Streik hat die Regierung in Bedrängnis gebracht, Konservative wie Rechtsextreme in Widerspruch zu einem Teil ihrer eigenen sozialen Basis – den Kleinunternehmern, Restaurant- und Hotelbesitzern – und erhebliches Aufsehen in der Öffentlichkeit erregt.

Hintergründe

Wer „ohne Papiere“, also ohne einen gültigen Aufenthaltstitel in Frankreich arbeiten muss, ist leicht einer Überausbeutung ausgesetzt. D.h. er oder sie wird – aus materieller Notwendigkeit des Überlebens heraus – Arbeits- oder Lohnbedingungen akzeptieren, zu denen der sog. Arbeitgeber keine französischen oder anderen „legalen“ Arbeitskräfte findet. Deshalb auch war es vielen Patrons durchaus – mindestens – gleichgültig, ob ihre Angestellten im Besitz gültiger Aufenthaltstitel waren oder nicht. Aber unter dem Druck des gewerkschaftlichen Protests, der die Präsenz „illegaler“ Einwanderer sichtbar macht und ihre Patrons damit - im Falle ausbleibender „Legalisierung“ ihrer Arbeitskräfte – selbst der Gefahr von Strafverfolgung aussetzt, sehen sie sich nun gezwungen zu handeln.

Denn die seit Juli 2006 sukzessive durch die regierenden Konservativen veränderte Ausländer-Gesetzgebung sieht einerseits vor, dass die Arbeitgeber „illegal“ sich im Lande aufhaltender Beschäftigter selbst bestraft werden können, wenn sie sich nicht der „Rechtmäßigkeit“ deren Aufenthalts versichert haben. Dazu müssen sie nicht mehr nur selbst die Papiere kontrollieren – was es ihnen früher in aller Regel erlaubte, ein Auge zuzudrücken, wenn ihnen falsche oder aber einer anderen Person aus demselben Herkunftsland gehörende Papiere vorgelegt wurden —, sondern sie müssen seit dem 1. Juli 2007 die Präfektur (= Polizei- und Ausländerbehörde) zu ihrer Überprüfung einschalten.

Andererseits aber gibt der berühmt gewordene Artikel 40 des bislang jüngsten, novellierten Ausländergesetzes vom 20. November 2007 (Loi Hortefeux) den Arbeitgebern das Recht, für ihre eigenen Arbeitskräfte eine „ausnahmsweise“ Aufenthaltsgenehmigung zu beantragen, die durch die Behörden geprüft werden muss. Ohne jegliche Rechtsgarantie für die betroffenen Sans papiers freilich: Außer bei circa 30 in einer ministeriellen Anordnung vom 7. Januar 2008 aufgelisteten „Mangelberufen“, die ausschließlich hochqualifizierte Tätigkeiten umfasst (es sind alles Ingenieurs- und höhere technische Berufe), gibt es für Immigranten aus „Drittländern“ außerhalb der Europäischen Union keinen Rechtsanspruch auf „Legalisierung“ zum Zwecke der Verrichtung einer Erwerbsarbeit. (Für die Osteuropäer/innen, denen der nationale Arbeitsmarkt noch nicht gänzlich geöffnet worden ist, gilt eine andere Liste von 150 Berufen, darunter auch „gering qualifizierte“ Tätigkeiten. Offizielle Zielsetzung scheint es dabei zu sein, ein „weißes“ Proletariat oder Subproletariat statt eines von anderen Kontinenten kommenden bevorzugen zu wollen.) An dem erstgenannten Punkt setzt nun der Streik an: Da der Arbeitgeber seit dem 1. Juli 2007 nicht mehr – wie früher – einfach die Augen zudrücken kann, um



Großveranstaltung im Pariser Gewerkschaftshaus

„illegale“ und deshalb gefügigere Arbeitskräfte einzustellen oder weiter zu beschäftigen, bringt ihn die Öffentlichmachung der „Illegalität“ seiner Angestellten selbst in die Bredouille.

Die Kontrollwut der konservativen Politiker tritt an dieser Stelle in Widerspruch zum ökonomischen Interesse der Bourgeoisie. Unter dem Druck des Streiks spricht letztere sich deshalb für eine „Legalisierung“ der betroffenen Arbeitskräfte aus. Etwa der Chef des Arbeitgeberverbands im Hotel- und Gaststättengewerbe, André Daguin. Eigentlich ein reaktionärer Scharfmacher, der am 30. August 2004 bei der „Sommeruniversität“ genannten Jahrestagung des Arbeitgeberverbands tönte, es brauche Killerfiguren an der Spitze der Kapitalverbände, und seine Kollegen gingen viel zu nett mit ihren Beschäftigten um: „Ihr müsst jene sein, die bedrohen, und nicht jene, die bedroht werden. (...) Die Gesellschaft benötigt harte (Leute), nicht Weichlinge. Das Ärgerliche ist, dass es viele Weichlinge gibt, zu viele. Es muss Schluss damit sein, dass zurückgewichen wird, wenn der Moment der Anstrengung/Leistung gekommen ist. (....) Ich ziehe die Mörder gegenüber den Betrügern vor. Die Leute finden die Betrüger sympa-



Streikende Sans Papiers im besetzten „Chez Papa“, Paris

thisch. Die Mörder natürlich nicht. Aber Erstere haben einen großen Verdienst: den, nicht heuchlerisch/keine Heuchler zu sein.“ (Originalton, vgl. http://fr.wikipedia.org/wiki/Andr%C3%A9_Daguin).

Derselbe André Daguin fordert nun aber allein für seine Branche die „Legalisierung“ von 50.000 papierlosen Einwanderern. Eine Forderung, die bislang entweder als hoffnungslos naiv geltenden Humanisten oder aber Linksradikalen vorbehalten schien. Daguin, der aus dem südwestfranzösischen Auch kommt und dort Hotelbesitzer ist, hatte in der Vergangenheit eine (lokal)politische Karriere bei der bürgerlichen Rechten versucht, mit der Option einer Öffnung hin zur extremen Rechten. Doch nunmehr steht er mit seiner Forderung in komplettem Widerspruch sowohl zu den Mainstreampositionen innerhalb des konservativ-liberalen Blocks, als auch zu denen des rechtsextremen Front National.

(Vorläufige) Perspektiven

Die konservative Regierung bleibt bisher klar bei ihrer Position, wonach es eine „Legalisierung“ mittels „Einzelfallprüfung“ (= au cas par cas), aber „keinesfalls eine massenhafte Legalisierung (régularisation massive)“ wie etwa in den letzten Jahren in Spanien geben werde. Der konservative Premierminister François Fillon mochte etwa Ende April nur die „Legalisierung von ein paar hundert Arbeitenden“ in Erwägung ziehen.

Bis Ende der letzten Aprilwoche haben die CGT und Droits devant! nun, statt der angekündigten 600, insgesamt 930 individuelle Dossiers zur „Legalisierung“ eingereicht. Abzuwarten bleibt nun, ob ihnen tatsächlich allen die seit langem ersehnte „Legalisierung“ winkt – oder ob die Behörden, ist der Streik erst einmal vorbei, die Beschäftigtenkollektive durch eine „Einzelfallbearbeitung“ nach dem Motto „Die Einen ins Töpfchen, die Anderen ins Kröpfchen“ zu spalten versuchen.

Es wäre nicht das erste Mal, denn auf diesem Wege wurden die starken Sans papiers-Bewegungen der neunziger Jahre – die damals noch Kirchen besetzten, jetzt sind es Restaurants und andere Arbeitsstätten – ab 1997/98 durch die damalige sozialdemokratische Regierung gespalten und geschwächt. Am Ende waren sie als politischer Faktor vorübergehend ausgeschaltet.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Regierung versuchen, durch eine 80-zu-20-Prozent-Regelung gegenüber den Streikenden und der CGT „Ballast abzuwerfen“, aber zugleich eine Minderheit von vielleicht einem Fünftel der Betroffenen in der „Illegalität“ zu halten. Zur Abschreckung von Anderen, die später streikwillig sein könnten: Ihnen würde signalisiert, dass so ein Ausstand nicht ohne Risiko ist. Denn wer sich auf diesem Wege als „Papierloser“ bekannt macht, aber die ersehnte Aufenthaltserlaubnis dabei nicht erhält, hat erst einmal alles verloren. „Sein“ Arbeitgeber kann und darf ihn, unter Androhung eigener Bestrafung, nicht weiterbeschäftigen. Die entscheidende Frage wird sein, ob etwa die CGT sich auf einen faulen Kompromiss nach dem Motto „80 Prozent ist besser als nichts“ einlassen, oder aber bei der Forderung nach einer kollektiven „Legalisierung“ für hundert Prozent der Streikenden hart bleiben wird. Dies dürfte der Knackpunkt für eine Bewertung des Ergebnisses werden. Vor wenigen Tagen wurde Raymond Chauveau von der CGT Massy-Palaiseau – die seit längerem besonders in der Unterstützung für die Sans papiers engagiert ist – in den Medien mit den Worten zitiert, er „erhoffe“ sich, dass die Präfekturen (Polizei- und Ausländerbehörden) „neun Dossiers von zehn“ annehmen, d.h. einer „Legalisierung“ zustimmen würde.

Dies entspräche, so führen auch andere Persönlichkeiten aus der CGT an, dem Ergebnis des Streiks im Nobelrestaurant ‚La Grande Armée' im teuren 16. Pariser Bzirk, der vom 16. bis 23. Februar 2008 stattfand und sozusagen den Vorläufer für die jetzige Streikwelle bildete. Damals waren acht von neun „illegal“ in Frankreich lebenden, afrikanischen Köchen „legalisiert“ worden. Dem neunten wurden die ersehnten Papiere jedoch verweigert, mit der Begründung, er sei drei Tage nach dem 1. Juli 2007 (dem Stichdatum, ab dem den Arbeitgebern die Pflicht zu einer verschärften Kontrolle bei der Einstellung zufiel) angestellt worden. Eine juristisch nicht haltbare Begründung, aber ein Signal an jene, die da nach ihm kommen würden, denn dieser aus der Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) stammende Koch verlor infolge des Streiks und des Bekanntwerdens seiner „illegalen“ Anstellung auch seinen Job.

Wird die CGT dieses Mal an solchen Punkten hart bleiben, und hat sie die Mittel zu einer Unnachgiebigkeit in dieser Frage? Es wird sich bald erweisen müssen. Unterdessen wurde am Freitag, 2. Mai bekannt, dass die ersten drei Sans papiers im Zusammenhang mit dem aktuellen Streik „legalisiert“ worden seien. Es handelt sich um drei Köche aus dem Nobelrestaurant ‚Le Café de la Jatte' im Millionärsvorort-Neuilly-sur-Seine. Letzteres bildete einen besonders neuralgischen Punkt, an dem der Streik öffentlichkeitswirksam ansetzen konnte, da es sich um Nicolas Sarkozys ehemalige „Kantine“ handelt – der frühere Innenminister wohnte in dessen unmittelbarer Nachbarschaft, bevor er zum Staatspräsidenten aufstieg.

Die übrigen streikenden Sans papiers erhielten bislang hingegen von den zuständigen Präfekturen (Paris, Bobigny, Evry...) vorübergehende Aufenthaltsgenehmigungen von 14 Tagen „für die Zeit der Prüfung ihrer Dossiers“. Nun wird sich in Bälde zeigen, ob der Streik bis dahin durchgehalten werden kann – im ‚Café de la Jatte‘ ist er schon seit mehreren Tagen zu Ende, an den meisten anderen Orten und besetzten Arbeitsstätten hingegen nicht –, und welche Strategie die Staatsmacht im Umgang mit den eingereichten Anträgen auf „Papiere“ einschlagen wird.

Bernhard Schmid, Paris ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Wer verursachte den zweiten Weltkrieg?

Junge Freiheit Nr. 17/08 vom 18.4.2008

Das Buch eines polnischen Historikers ist Anlass für das Blatt, seine seit langem vertretene These erneut zu bekräftigen: Nicht Nazideutschland war Verursacher und schuld am zweiten Weltkrieg, sondern eigentlich die Sowjetunion. Nun hat die Nazi-Wehrmacht die Sowjetunion angegriffen und nicht umgekehrt – aber eigentlich, so die Behauptung des Blattes, sei sie damit nur einem Angriff der UdSSR zuvorgekommen. Wie das mit all den angeblich wissenschaftlich belegten Phantasien vom osteuropäischen Untermenschen zusammenpasst, den die Nazis erfanden, berührt das Blatt nicht. Stattdessen wird dieser vermeintliche Beweis dafür herangezogen, dass auch die Bundesrepublik „totalitäre Elemente" enthält: „Ihre Implementierung erfolgte in einem total besiegten Land. Um die Qualität der deutschen Niederlage zu kennzeichnen, benutzte der Historiker Hans Joachim Arndt die Vokabel ‚debelliert' – völlig vernichtet. Die Debellation manifestierte sich massenhaft in der Verteilung von Melde- und Fragebögen an die Besiegten. Die Angaben darin waren entscheidend für eine mögliche Eröffnung eines Spruchkammerverfahrens oder eine Einlieferung in ein Internierungslager sowie für Lebensmittelzuteilungen und eventuelle Berufsverbote." Gemeint sind die Entnazifierungsverfahren der Alliierten, die samt und sonders mit Gerichtsverfahren verbunden waren – das als totalitär zu betrachten, ist ein Beleg für die Missachtung des Rechtswesens.

Atomkraft Ja

Junge Freiheit Nr. 18/08 vom 25.4.2008

Die Energiekrise hat das Blatt erreicht – auf Seite 1 spricht sich Michael Manns dafür aus: „Also Atom … Der Reaktorunfall wurde zum Totschlagargument. Mit dem Effekt, dass per Gesetz aus der Atomenergie ausgestiegen wird. Dabei sind ihre Vorteile offensichtlich: klimafreundlich, sauber, preiswert, effizient … Zudem wird eine Abhängigkeit von Öl- und Gasnationen verhindert." Auf Seite 9 diskutiert das Blatt, ob nicht die heimischen Energieträger Braunkohle und Steinkohle die besseren Energielieferanten seien als die „pseudoökologischen" Solar- und Windparks. Gas und Erdöl werden, weil in der Bundesrepublik kaum vorhanden, sowieso nicht in Betracht gezogen.

Wird ehemaliger JF-Redakteur Kultusminister in Thüringen?

Junge Freiheit Nr. 19/08 vom 2.5.2008

Der thüringische Ministerpräsident Althaus hat Peter Krause, CDU-Landtagsabgeordneter und CDU-Vorsitzender des Kreisverbands Weimar, zum Kultusminister berufen. Peter Krause war 1998 Redakteur der Jungen Freiheit und schrieb bis zum Jahr 2000 für das Blatt. In einem Interview mit der Thüringischen Zeitung bezeichnete er das Blatt zunächst als „anerkanntes Medium in der Presselandschaft". Nach aufkommender Kritik von der LINKEN, den Grünen und auch vom Koalitionspartner SPD ließ er dann mitteilen, die JF „vertrete eine politische Linie, die er als CDU-Politiker nicht teile. Daher arbeite er auch nicht mehr für die Zeitung." Althaus hält an seinem Vorschlag fest – mal sehen, wann sich Krause im Blatt interviewen lässt.

uld ■

„Nationalisten" im „freiheitlichen Magazin"

In der April-Ausgabe des FPÖ-nahen Monatsblattes Aula kann Jürgen Gansel von der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) offen seiner entschiedenen Ablehnung „der Überfremdung durch kultur- und rassefremde Menschen" Ausdruck verleihen. Man wolle „keine Integration", sondern Deutschland von allen „rassefremden Ausländer[n]" reinigen und so den inneren Frieden wieder herstellen. Wie so oft verbindet sich auch bei Gansel der Rassismus mit dem völkischen Antiindividualismus: „In dem herunterindividualisierten Völkergemisch einer multikulturellen Gesellschaft kann es [...] keinen sozialen Frieden geben, weil es keine soziale Einheit und keine gewachsenen Gemeinschaftsbande gibt." (Die Aula, 4/2008, S. 20 f.)

Über die Teilnahme von – zum Teil amtsbekannten – Neonazis an der Anti-EU-Demonstration vom 29. März in Wien heißt es in der Aula: „Neben Spitzenvertretern von FPÖ (Strache, Rosenkranz) und BZÖ (Westenthaler, Haider) waren auch Hunderte Nationalisten versammelt, die auf Plakaten gegen das menschenrechtswidrige Verbotsgesetz im Allgemeinen und die Einkerkerung des Dichters Gerd Honsik protestierten." (Ebenda, S. 7) *www.doew.at* ■

Ordentliche Beschäftigungspolitik?

Die von FPÖ-MEP Andreas Mölzer verantwortete Wochenzeitung „Zur Zeit" (15/2008, S. 21) feiert die nationalsozialistische „Wirtschafts- und Sozialpolitik". Laut einer Anna Maria Langbauer hätte Hitler-Deutschland Österreich nach dem „Anschluss" nicht ausgeplündert, sondern hoch subventioniert. Es sei nach dem März 1938 zu einem „Aufblühen der Klein- und Mittelbetriebe" gekommen. Unter Ausblendung der antisemitischen Raubzüge und Verfolgungen, der Ausrichtung der Wirtschaft auf den Angriffs- und Vernichtungskrieg und der zahllosen Repressionen werden die nationalsozialistischen Selbstdarstellungen reproduziert und so der Eindruck erweckt, Österreich sei nach dem „Anschluss" zu einem wahren Paradies für die kleinen Leute geworden. Vorbei auch der Hader und Streit der Vergangenheit: „Die verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die sich vor dem Anschluss feindlich gegenüberstanden, waren miteinander versöhnt." (Ebenda) Die NS-Apologie gipfelt in der Behauptung, der Zweite Weltkrieg und damit der Anfang vom Ende der wirtschaftlichen und sozialen Hochblüte habe „mit der Kriegserklärung von Großbritannien und Frankreich am 3. September 1939" (ebenda) begonnen. *www.doew.at* ■

PS: Laut ddp-Meldung vom 5.5. will Krause jetzt doch auf das Amt des Kultusministers verzichten.